



Bayerisches Landesamt für  
Umwelt



**Dialog zu Klimaschutz und Energiewende**

# **Energienutzungsplan und Energiekonzept**

**Best Western Transmar Travel Hotel Bayreuth,  
03.12.2013**

Regierung von Oberfranken 

**ENERGIE  
INNOVATIV** 

Veranstaltungsdokumentation

UmweltSpezial

## Impressum

Energienutzungsplan und Energiekonzept

(Dokumentation der Regionalveranstaltung für Oberfranken am 03.12.2013 in dem Best Western Transmar Travel Hotel Bayreuth)

### Herausgeber:

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)

Bürgermeister-Ulrich-Straße 160

86179 Augsburg

Tel.: 0821 9071-0

Fax: 0821 9071-5556

E-Mail: [poststelle@lfu.bayern.de](mailto:poststelle@lfu.bayern.de)

Internet: [www.lfu.bayern.de](http://www.lfu.bayern.de)

### Text:

Ursula Ammermann, Sonja Epple, Brigitte Gans und Markus Weinkopf, citycom, Pfarrer-Grimm-Straße 2, 80999 München

Vorträge der Referenten

LfU, Referat 17, Annika Malewski

### Bearbeitung und Redaktion:

LfU, Referat 17

### Bildnachweis:

Bayerisches Landesamt für Umwelt

### Stand:

Februar 2014

Diese Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Sofern in dieser Druckschrift auf Internetangebote Dritter hingewiesen wird, sind wir für deren Inhalte nicht verantwortlich.

Für die Inhalte zu den Vorträgen und Erfahrungsberichten der Impulsgeber zeichnen die Autoren selbst verantwortlich. Die darin ausgedrückten Meinungen geben ausschließlich die Meinung des jeweiligen Autors wieder.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Veranstaltungsprogramm</b>	<b>7</b>
<b>3</b>	<b>Teilnehmerliste</b>	<b>8</b>
<b>4</b>	<b>Impressionen der Veranstaltung</b>	<b>10</b>
<b>5</b>	<b>Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept</b>	<b>11</b>
5.1	Energienutzungsplan	11
5.2	Energiekonzept	12
5.3	Gemeinsamkeiten und Unterschiede	12
<b>6</b>	<b>Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung</b>	<b>14</b>
6.1	Klaus Hecht	14
6.2	Zusammenfassung des Vortrags	15
<b>7</b>	<b>Vortrag: Energiekonzept &amp; Energienutzungsplan – eine Einführung</b>	<b>16</b>
7.1	Annika Malewski	16
7.2	Zusammenfassung des Vortrags	16
<b>8</b>	<b>Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne</b>	<b>18</b>
8.1	Josef Martin	18
8.2	Zusammenfassung des Vortrags	18
<b>9</b>	<b>Vortrag: Werkstattbericht Markt Zapfendorf</b>	<b>19</b>
9.1	Josef Martin	19
9.2	Zusammenfassung des Vortrags	19
<b>10</b>	<b>Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde Oberhaid</b>	<b>21</b>
10.1	Carsten Joneitis	21
10.2	Dominik Böhlein	21
10.3	Zusammenfassung des Vortrags	22
<b>11</b>	<b>Ergebnisse der Thementische</b>	<b>24</b>
11.1	Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern	25
11.2	Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen	29
11.3	Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland	33

11.4	Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)	36
<b>12</b>	<b>Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte</b>	<b>40</b>
12.1	Dr. Peter Wunsch	40
12.2	Zusammenfassung des Vortrags	40
<b>13</b>	<b>Vortrag: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte</b>	<b>42</b>
13.1	Andreas Eichhorn	42
13.2	Zusammenfassung des Vortrags	43
<b>14</b>	<b>Resümee</b>	<b>45</b>

# 1 Einführung

Bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort haben die Kommunen eine Schlüsselfunktion. Unter anderem unterliegt ihnen die Planungshoheit und zum Teil auch die Energieversorgung vor Ort. Zusätzlich kommen ihnen Aufgaben der Koordinierung und Motivierung zu, um alle Beteiligten erfolgreich in den Prozess einzubinden. Steigende Energiepreise und mögliche künftige Versorgungssengpässe, der Klimawandel und viele weitere Aspekte machen ein möglichst zeitnahes Agieren notwendig.

Als Hilfe und Planungsgrundlage, damit Kommunen auf diesem Weg informierte Entscheidungen treffen können, dienen die beiden Instrumente Energienutzungsplan (ENP) und Energiekonzept (EK). Ausgangspunkt ist bei beiden eine Analyse von Ist-Daten und eine Ermittlung von Potenzialen sowohl für die Energieerzeugung als auch für mögliche Einsparungen des Energieverbrauchs im Gemeindegebiet. Darauf aufbauend kann die Kommune ihre Maßnahmen für Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und eine Umstellung auf regenerative Energieträger entwickeln und optimal aufeinander abstimmen. Trotz dieser Gemeinsamkeiten haben die beiden Förderinstrumente ENP und EK unterschiedliche Ausprägungen, beispielsweise in Bezug auf die Einbindung der Öffentlichkeit (bei dem EK stärker ausgeprägt) oder die Verortung von Daten (bei dem ENP stärker ausgeprägt).<sup>1</sup>

Mit einer Veranstaltungsreihe zum ENP und EK in allen bayerischen Regierungsbezirken wurde den Teilnehmern ein Forum zur Umsetzung von ENPs und EKs geboten. Zu der Zielgruppe zählten in erster Linie Verwaltungsmitarbeiter und politische Entscheidungsträger kleinerer Kommunen. Die Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den jeweiligen Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV durchgeführt. Als Kooperationspartner haben sich darüber hinaus das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag – beteiligt.

Die Regionalveranstaltung für Oberfranken wurde am 03.12.2013 in dem Best Western Transmar Travel Hotel in Bayreuth durchgeführt. Während der Begrüßung, die durch Vertreter der oberfränkischen Bezirksregierung, des Bayerischen Umweltministeriums und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV vorgenommen wurde, wurde bereits die herausragende Rolle der Kommunen bei der Energiewende betont. Im Laufe der Veranstaltung berichteten unter anderem im ENP und EK erfahrene Kommunen über die praktische Umsetzung. Der Kern der Veranstaltung war ein interaktiver Erfahrungsaustausch im Rahmen von sogenannten Thementischen. Der Tag wurde schließlich mit einem Überblick über die Ergebnisse der Thementischrunden sowie über die verschiedenen Förderaspekte abgerundet.

Hiermit stellen wir die Dokumentation der Regionalveranstaltung in Oberfranken allen Teilnehmern und Interessierten zur Verfügung. Zudem werden die Ergebnisse der sieben Regionalveranstaltungen in einer Gesamtdokumentation zusammengefasst und über den Bestellshop des Bayerischen Umweltministeriums ([www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de)) bis voraussichtlich Mitte März 2014 zum öffentlichen Download eingestellt.

---

<sup>1</sup> Ausführlicher wird dies in den Kapiteln 5, 6, 7 und 12 erläutert.

### **Energie-Atlas Bayern: „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“**

Unter dem Titel „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“ führte und führt das Bayerische Landesamt für Umwelt gemeinsam mit den Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV Veranstaltungen zu den Instrumenten „Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften“ (Frühjahr 2013) und „Energienutzungsplan und Energiekonzept“ (Herbst/Winter 2013) sowie „CO<sub>2</sub>-Bilanzierung“ (geplant für Ende 2014) jeweils in allen Regierungsbezirken durch.

Die Veranstaltungsreihen sind ein Projekt der Bayerischen Staatsregierung im Rahmen des Energie-Atlas Bayern ([www.energieatlas.bayern.de](http://www.energieatlas.bayern.de)), der zentralen Informationsplattform zur Umsetzung der Energiewende vor Ort und werden vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert. Weitere Kooperationspartner sind das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium mit der Obersten Baubehörde sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag.

Die Erkenntnisse aus den Veranstaltungen dienen dazu, konkrete Umsetzungshilfen für die bayerischen Kommunen zu entwickeln und im Energie-Atlas Bayern zur Verfügung zu stellen.

## 2 Veranstaltungsprogramm

<b>Moderation:</b> Dr. Michael Joneck, Bayerisches Landesamt für Umwelt	
<b>09:00 Uhr</b>	<b>Begrüßung</b> Thomas Engel, Regierung von Oberfranken Marion Appold, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Katharina Schuster, Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
09:15	<b>Energiekonzepte und Energienutzungspläne – eine Einführung</b> Klaus Hecht, Ländliche Entwicklung – Bereich Zentrale Aufgaben Annika Malewski, Bayerisches Landesamt für Umwelt
09:35	<b>Plädoyer des Bayerischen Gemeindetages für die Erstellung von Energiekonzepten und Energienutzungsplänen</b> Josef Martin, Bayerischer Gemeindetag
09:45	<b>Werkstattberichte</b> Josef Martin, 1. Bürgermeister, Markt Zapfendorf Carsten Joneitis, 1. Bürgermeister, Gemeinde Oberhaid & Dominik Böhlein, EVF-Energievision Franken GmbH
<b>10:25 – 10:45</b>	<b>Kaffeepause</b>
10:45	<b>Thementische, Runde 1 &amp; 2</b> - <b>A/C:</b> Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern - <b>B:</b> Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen - <b>D:</b> Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland - <b>E:</b> Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger/Unternehmen)
<b>12:15 – 13:15</b>	<b>Mittagspause</b>
13:15	<b>Fortführung der Thementische, Runde 3 &amp; 4</b> Themen siehe bitte Programm Vormittag
<b>14:50 – 15:10</b>	<b>Kaffeepause</b>
15:10	<b>Aspekte der Förderung</b> Dr. Peter Wunsch, Bayern Innovativ Andreas Eichhorn, Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken
15:40	<b>Kurzbericht der Thementische</b> Moderatoren der Thementische
16:00	<b>Resümee</b> Dr. Michael Joneck, Bayerisches Landesamt für Umwelt
16:15	<b>Ende des offiziellen Programms</b>

### 3 Teilnehmerliste

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Kommune/Institution</b>
1. Abraham	Michael	Stadt Rehau
2. Ammermann	Ursula	citycom
3. Appold	Marion	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
4. Badum	Lisa	NATURSTROM AG
5. Baier	Heinrich	VG Burgebrach
6. Beck	Michael	Landratsamt Kulmbach
7. Bigge	Dominik	Landkreis Forchheim
8. Böhlein	Dominik	EVF-Energievision Franken GmbH
9. Böhm	Wolfgang	Energieagentur Nordbayern
10. Brautsch	Markus	Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden
11. Brunner	Andreas	LRA Hassberge
12. Büttner	Stefan	Stadt Marktredwitz
13. Dannhäuser	Herbert	Gemeinde Ahorntal
14. Dressel	Hendrik	Stadt Seßlach
15. Eckardt	Michael	Stadtwerke Rödental
16. Eder	Tobias	Technische Universität München
17. Eichhorn	Andreas	Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken
18. Engel	Thomas	Regierung von Oberfranken
19. Epple	Sonja	citycom
20. Flieger	Ingrid	Landratsamt Kulmbach
21. Fröhlich	Christoph	BBV LandSiedlung
22. Gabel-Rüppel van de	Renate	Stadt Creußen
23. Gans	Brigitte	citycom
24. Hecht	Klaus	Ländliche Entwicklung – Bereich Zentrale Aufgaben
25. Herrmann	Egon	Gemeinde Weißenbrunn
26. Heßberg von	Andreas	Selbständiges Gutachterbüro Bindlach
27. Hetterich	Wolfgang	Bayerische Verwaltungsschule
28. Hollet	Georg	Gemeinde Schönbrunn i. Steigerwald
29. Horn	Bert	Markt Bad Steben
30. Joneck	Michael	Bayerisches Landesamt für Umwelt
31. Joneitis	Carsten	Gemeinde Oberhaid
32. Jordan	Peter	Bayerische Verwaltungsschule, Grüne Welle Kommunikation
33. Just	Herbert	AELF Münchberg
34. Knauer	Thomas	Gemeinde Döhlau
35. Lichtblau	Stefanie	Regierung von Oberfranken
36. Link	Katharina	K.GREENTECH
37. Malewski	Annika	Bayerisches Landesamt für Umwelt
38. Marquardt	Anna	Technologie Campus Freyung
39. Martin	Robert	Landkreis Bamberg
40. Martin	Heiko	KMM, Kommunal Management Martin
41. Martin	Josef	Bayerischer Gemeindetag / Markt Zapfendorf
42. Monhart	Erich	K.GREENTECH
43. Müller	Claus	HEW Hof Energie+Wasser GmbH
44. Nelkel	Bernd	Landratsamt Hof

---

45. Nickl	Werner	Stadt Kemnath
46. Petterich	Heinz	Stadt Burgkunstadt
47. Pfister	Rigobert	Gemeinde Litzendorf
48. Porsch	Manfred	Gemeinde Speichersdorf
49. Rothammel	Bernd	Regionalmanagement Stadt und Landkreis Bayreuth GbR
50. Sammer	Reinhard	VG Mistelbach Gemeinde Gesees
51. Schmigalle	Felix	Initiative Rodachtal e.V.
52. Scholz	Wilhelm	Landkreis Haßberge
53. Schuster	Katharina	Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
54. Specht	Norbert	Markt Wirsberg
55. Stark	Rose	Markt Pretzfeld
56. Tögel	Martina	Bayerisches Landesamt für Umwelt
57. Wagner	Alexander	Regierung von Oberfranken
58. Weinkamm	Georg	Regierung von Oberfranken
59. Weinkopf	Markus	citycom
60. Weiß	Martin	Gemeinde Rugendorf
61. Wohlfart	Martin	ITZB Nürnberg
62. Wölfel	Torsten	Bayerisches Landesamt für Umwelt
63. Wunderlich	Christian	Regierung von Oberfranken
64. Wunsch	Peter	Bayern Innovativ
65. Zaindl	Andreas	BBV LandSiedlung

## 4 Impressionen der Veranstaltung



Abb. 1: Thomas Engel (Regierung von Oberfranken), Marion Appold (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) und Dr. Katharina Schuster (Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV) begrüßten die Teilnehmer.



Abb. 2: An den Thementischen konnten die Teilnehmer Erfahrungen zum ENP und EK austauschen.



Abb. 3: Auch während der Pausen gab es die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.



Abb. 4: Die prägnantesten Ergebnisse der Thementischrunden wurden am Nachmittag im Plenum vorgestellt.

## 5 Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept

### 5.1 Energienutzungsplan

Ein Energienutzungsplan (ENP) ist ein strategisches Planungsinstrument für den Energiebereich, vergleichbar dem Flächennutzungsplan im Bereich der Raumplanung. Er gibt einen Überblick über die bestehende Energieinfrastruktur, die momentane sowie zukünftige Energiebedarfs- und Energieversorgungssituation sowie über die Potenziale für erneuerbare Energien in der Gemeinde in Form von Karten. Der ENP bildet somit die Basis, um Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger aufeinander abzustimmen.

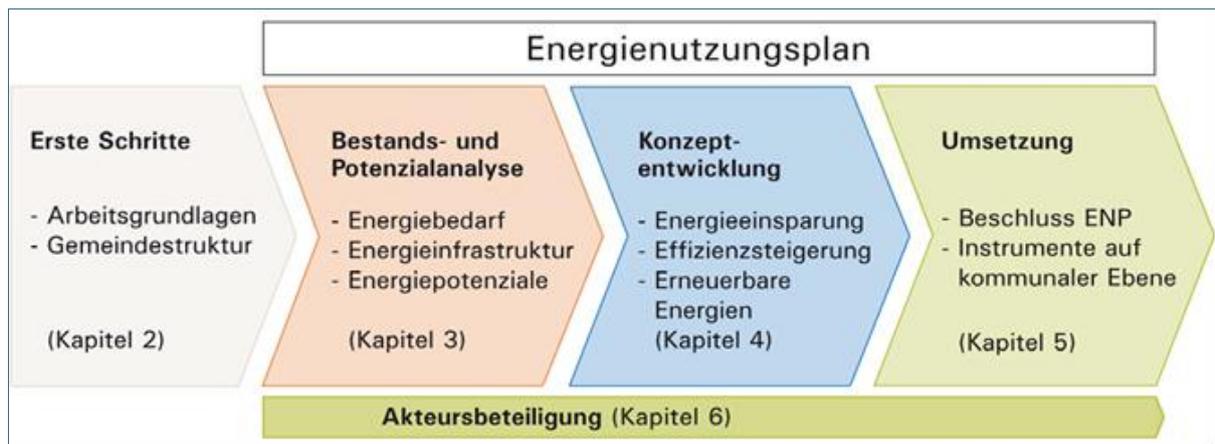


Abb. 5: Phasen bei der Erstellung eines ENPs.<sup>2</sup>

Der Ausgangspunkt eines ENPs wird durch die Bestands- und Potenzialanalyse gebildet, wobei der Energiebedarf, die Energieinfrastruktur und die Energiepotenziale einer Region einbezogen werden. Auf Basis dieser Analyse erfolgt die Entwicklung von Konzepten zur Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Das Ergebnis eines ENPs wird durch das Gesamtkonzept in Form von Karten und erläuternden Texten gebildet. Somit wird das Finden von optimalen Lösungen für die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde erleichtert.

Die Erstellung eines ENPs wird durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gefördert. Förderfähig sind die Kosten der Studie (Kosten für Planung, Durchführung und öffentlichkeitswirksame Präsentation der Studienergebnisse, z. B. in einer Bürgerversammlung), wobei der Fördersatz bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften beträgt.

Weitere Informationen erhalten Sie u.a. in dem „Leitfaden Energienutzungsplan“<sup>2</sup> und dem Energieatlas Bayern<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG), Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT), Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (OBB): Leitfaden zur Erstellung eines Energienutzungsplanes.  
[http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug\\_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC\(BILDxKEY:stmug\\_klima\\_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF\)=Z](http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC(BILDxKEY:stmug_klima_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF)=Z)

<sup>3</sup> [www.energieatlas.bayern.de/kommunen/energienutzungsplan.html](http://www.energieatlas.bayern.de/kommunen/energienutzungsplan.html)

## 5.2 Energiekonzept

Die Erarbeitung eines Energiekonzeptes (EKs) kann sowohl im Rahmen einer Dorferneuerung, eines Gemeindeentwicklungsprozesses oder in der Integrierten Ländlichen Entwicklung gefördert werden. EKs sind daher immer Teil eines umfassenderen Entwicklungsprozesses in den ländlich strukturierten Gemeinden. Gerade die Energiewende bietet vielfältige neue Chancen für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums, insbesondere zur zusätzlichen Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen; diese Chancen gilt es in der Ländlichen Entwicklung zu nutzen. Die EKs haben deshalb Querbezüge zu anderen Themenfeldern der gemeindlichen Entwicklung, beispielsweise zu:

- Landnutzung und Kulturlandschaftsentwicklung: Der Ausbau der erneuerbaren Energien verändert Landnutzungen, hat Auswirkungen auf die Agrarstruktur und benötigt entsprechendes Flächenmanagement.
- Innenentwicklung: Der Ausbau von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit der Dorferneuerung führt nicht nur bautechnisch zu Synergien, sondern kann auch konzeptionell in die Entwicklung eines Dorfes oder einer Gemeinde integriert werden (v. a. auch im Hinblick auf die jeweilige demografische Entwicklung).

Eine Stärke der Ländlichen Entwicklung ist seit jeher ihre Umsetzungsorientierung. Die Hilfen bei der Umsetzung von EKs umfassen insbesondere:

- Beratung und Prozessmanagement,
- Flächenbereitstellung im Rahmen der Bodenordnung,
- Erschließung,
- Koordination von Baumaßnahmen sowie
- finanzielle Förderung.

Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der EKs ist die intensive Einbindung der Menschen. Die bewährten Methoden der Bürgerbeteiligung in der Dorferneuerung und der Gemeindeentwicklung bieten die Grundlage dafür, dass Gemeinden, Bürger, alle Wirtschaftsbeteiligten und ganz besonders die Landwirte gemeinsam Visionen und Leitbilder, aber auch ganz konkrete Ziele und Maßnahmenkonzepte erarbeiten können. Dies trägt auch ganz erheblich zur Verbesserung der Akzeptanz bei.

Bürgerbeteiligung im Rahmen eines EKs heißt aber auch, die Menschen vor Ort in die Lage zu versetzen, bei der Erschließung des lokalen Energiepotenzials selbstbestimmt und aktiv mitwirken zu können. Im Rahmen der Erstellung und Umsetzung wird deshalb versucht, Strukturen der Selbsthilfe auf den Weg zu bringen (Bürgerenergiegesellschaften). Sie befähigen handlungs- und investitionsbereite Menschen in den ländlichen Räumen dazu, die örtlichen Energiepotenziale zu sichern und sie gemeinschaftlich auszuschöpfen.

Insgesamt gesehen beinhalten EKs im Rahmen der Ländlichen Entwicklung nicht nur einen fachlich-planerischen Teil, sondern sind bürger- und umsetzungsorientiert auf die Gesamtentwicklung von ländlichen Gemeinden ausgerichtet.

## 5.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Grundsätzlich sind die Phasen des Vorgehens bei dem ENP und EK gleich, die Beweggründe für die Schaffung von Planungsgrundlagen auf der örtlichen Ebene sind jedoch vielfältig und unterschiedlich ausgeprägt. In dieser unterschiedlichen Ausprägung ist teilweise begründet, dass verschiedene Planungsinstrumente genutzt werden. Diese sind neben dem ENP und dem EK auch das Integrierte Kli-

maschutzkonzept nach der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums. Letzteres wird in dieser Veranstaltung nicht weiter thematisiert.

#### **Abgrenzungsmerkmale zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:**

- Bei dem EK ist die Einbindung der örtlichen Akteure von Anfang an ein fester Bestandteil. Bei dem ENP ist dies nicht verpflichtend, wird aber empfohlen.
- Bei dem EK wird insbesondere das Ziel verfolgt, prozessbegleitend konkrete Maßnahmen und Projekte auf den Weg zu bringen. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden und für identifizierte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gegeben werden. Diese bilden dann die Grundlagen für weitere Fachplanungen.
- Ein explizites Ziel des EKs ist zudem, die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu steigern. Dabei wird die Beteiligung der Bürger an Energieerzeugungsanlagen (z. B. Bürgerenergiegenossenschaften) befürwortet.
- Die Verortung von Energieinfrastruktur und Energiepotenzialen wird insbesondere bei dem ENP vorgenommen. Daher ist der Stellenwert räumlich aufgelöster Daten bei dem ENP deutlich höher.
- Eine Förderung für den ENP kann jede Kommune beantragen. Für die Förderung für das EK der Ländlichen Entwicklung ist zukünftig erforderlich, dass ein Zusammenhang mit einem Vorhaben der Ländlichen Entwicklung gegeben ist.
- Bei dem EK der Ländlichen Entwicklung wird die Kommune prozessbegleitend durch das Amt für Ländliche Entwicklung bzw. eine beauftragte Stelle unterstützt.

#### **Gemeinsamkeiten zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:**

- Beide Instrumente sind grundsätzlich so angelegt, dass die interkommunale Kooperation gewünscht und gefördert wird.
- Bei beiden Instrumenten muss sich die Kommune im Vorfeld bewusst werden, welches Wissen in der Kommunalverwaltung genutzt und aufgebaut werden soll und welche freien Kapazitäten bei dem Personal dafür zur Verfügung stehen (müssen).
- Die Kommune muss sich frühzeitig bewusst werden, welche Datengüte für sie erforderlich ist, damit am Ende die Ergebnisse auch belastbar für weitere Planungen, Projektbeschlüsse etc. sind.

Bei beiden Instrumenten sollte die Kommune darauf achten, dass ein für sie zeitlich und finanziell leistbarer Aufwand betrieben wird und dass die Fortschreibung der erhobenen Daten künftig auch durch die Verwaltung leistbar ist.

## 6 Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung

### 6.1 Klaus Hecht



Koordination der Fachberater an den Ämtern für Ländliche Entwicklung

Bereich Zentrale Aufgaben  
Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung  
Sachgebiet Landespflege und Landnutzung  
Infanteriestraße 1  
80797 München

089 1213-1542  
klaus.hecht@bza.bayern.de  
www.landentwicklung.bayern.de

#### Die Erstellung eines EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

- Systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe
- Bündelung der bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte im Energiebereich
- Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz
- Generierung von Wertschöpfung (Gründung von Bürgerenergiegesellschaften)
- Versorgungssicherheit, Wertschöpfung Klimaschutz und Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor

#### Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Das EK soll folgende Kernelemente beinhalten und möglichst ganzheitlich und umsetzungsorientiert erarbeitet werden:

- Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse
- Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung
- Flächenmanagement
- Querbezug zur gemeindlichen und übergemeindlichen Gesamtentwicklung (Landnutzung und Innenentwicklung)
- Aufzeigen von Fördermitteln
- Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung

Die Bürger sollten bei der Erstellung eines EKs von Beginn an eingebunden werden, dies schafft Akzeptanz und Vertrauen.

## 6.2 Zusammenfassung des Vortrags

### Auftrag der Ländlichen Entwicklung

Als Auftrag der Ländlichen Entwicklung wird gesehen, den ländlichen Raum zu entwickeln, einen vitalen ländlichen Raum zu bewahren und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den Städten und auf dem Land zu sichern. Die Gemeinden, Bürger, Landwirte und Wirtschaftsbeteiligte werden somit durch die folgenden Instrumente unterstützt:

- Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)
- Dorferneuerung
- Flurneuordnung

Es werden übergemeindliche Allianzen zum Aufbau von Netzwerken, zur Lösung gemeindeübergreifender Herausforderungen und zur Erhöhung der Wertschöpfung in der Region gefördert und begleitet.

### Warum engagiert sich die Ländliche Entwicklung in der Energiewende?

In vielen Projekten der ländlichen Entwicklung spielt Energie eine wichtige Rolle und auch die Bürger benötigen Unterstützung. Der ländliche Raum bietet die wesentlichen Flächenpotenziale für die Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen, sei es aus Biomasse oder über Wasserkraft, Wind- und Solaranlagen. Daher wird ihm bei der Energiewende eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Die Energiewende bietet somit vielfältige Chancen für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung und die Entwicklung des ländlichen Raums:

- Möglichkeiten für neue oder erhöhte Wertschöpfung
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Chancen für die Landwirtschaft

Die Energiewende benötigt eine aktive Steuerung durch die Kommunen. Aus diesem Grund begleitet die Verwaltung für Ländliche Entwicklung in ihren Projekten ländliche Gemeinden und deren Bürger bei der Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen EKs.



Abb. 6: Klaus Hecht während des Vortrags.

### Förderung der EKs

EKs sind im Rahmen der Aktion „100 Energieneutrale Gemeinden“ für ländlich strukturierte Gemeinden mit 75 % förderfähig, maximal jedoch mit 30.000 €. Diese Aktion ist zwar mittlerweile abgeschlossen, aber auch jetzt können noch EKs für Gemeinden und Gemeindezusammenschlüsse gefördert werden. Eine Voraussetzung für die Antragstellung ist allerdings, dass die Gemeinden sich bereits in einem Verfahren der Ländlichen Entwicklung befinden (z. B. Dorferneuerung).

### Inhalte von EKs

Es werden Analysen der Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse sowie Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung durchgeführt. Darauf aufbauend erfolgt eine Konzeptentwicklung in den Bereichen Energiegewinnung, Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Ein wichtiger Aspekt ist die intensive Einbindung der Bürger von Beginn an, denn dies erhöht die Akzeptanz und schafft Vertrauen. Ein weiteres wichtiges Merkmal von EKs ist die Umsetzungsorientierung, sodass letztendlich auf ein Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung hingearbeitet

tet wird. Im Zuge dessen sollen auch die Fördermittel optimiert und die zur Verfügung stehenden Flächen sinnvoll gemanagt werden.

### Vorteile für die Gemeinden

Die Erstellung eines EKs ist ein systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung und dient als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe. Die bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte werden gebündelt und es ergeben sich zudem Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus von erneuerbaren Energien. Durch das EK wird die Generierung von Wertschöpfung gefördert, z. B. durch die Gründung von Bürgerenergiegesellschaften. Weitere ausschlaggebende Vorteile sind die Erhaltung der Versorgungssicherheit und der Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor.

## 7 Vortrag: Energiekonzept & Energienutzungsplan – eine Einführung

### 7.1 Annika Malewski



Bayerisches Landesamt für Umwelt  
Ref. 17: Klimawandel, kommunaler Umweltschutz  
Hans-Högn-Str. 12  
95030 Hof

09281 1800-4683  
annika.malewski@lfu.bayern.de  
www.lfu.bayern.de

#### Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Die Gemeinde gewinnt Einblick in die Energieverteilung und -nutzung vor Ort. Auf dieser Informationsgrundlage kann sie prüfen, wie sie für sich die kommunale Daseinsvorsorge versteht und in welchen Bereichen sie sich bei den Themen Energie und Klimaschutz engagieren will.

#### Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Die Gemeinde sollte sich im Vorfeld bewusst werden, welche Zielsetzungen sie kurz-, mittel- und langfristig verfolgt und in welchen Rollen (Planer, Berater, Vorbild, Motivator, ...) sie aktiv werden will und personell auch werden kann.

### 7.2 Zusammenfassung des Vortrags

Die Kommunalverwaltungen sind in den letzten Jahren beim Klimaschutz stark gefordert worden. So gilt es, die Erfordernisse aus überörtlichen Planungsprozessen und Vorgaben der Bundes- und Landespolitik zu beachten und andererseits die konkreten Maßnahmen auf der örtlichen Ebene zu koordinieren. Dies erfordert von den Kommunalverwaltungen, dass sie einerseits die Situation in der Gemeinde mit aggregierten Daten beschreiben und andererseits auf räumlich hochauflösende, detaillierte

Informationen zugreifen kann. Zudem steigt der Stellenwert der interkommunalen Abstimmung und der Öffentlichkeitsbeteiligung. Je nachdem, auf welcher planerischen Ebene die Kommune gefordert ist, ist festzulegen, mit welcher Datengüte gearbeitet werden soll, d.h. auf einem eher aggregierten oder einem eher detaillierten Niveau.

Um trotz dieser Herausforderungen effektiven Klimaschutz betreiben zu können und zudem weitere Ziele, wie z. B. die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, verfolgen zu können, gibt es für Kommunen verschiedene Förderinstrumente:

- Der ENP mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.
- Das EK mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
- Das Klimaschutzkonzept (KSK) mit Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der grobe Ablauf ist bei allen drei Instrumenten vergleichbar. Nach einer Bestands- und Potenzialanalyse erfolgt eine Konzeptentwicklung, aus der dann Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Dennoch sind im Einzelnen Unterschiede feststellbar. Bei dem ENP ist der Einbezug der Öffentlichkeit im Sinne einer Akteursbeteiligung zwar gewünscht, die Kosten sind allerdings nur in einem begrenzten Rahmen förderfähig. Im Gegensatz dazu ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit bei dem EK und dem KSK ein integraler Bestandteil und wird somit auch stärker gefördert. Eine weitere Besonderheit des EKs ist, dass die Umsetzungsorientierung und der Wunsch, die Umsetzung durch die Akteure voranzubringen, sehr ausgeprägt sind. Bei dem KSK ist zu erwähnen, dass hier auch Daten zu Verkehr und Konsum mit einbezogen werden.

Auch bei den Ergebnissen werden unterschiedliche Akzente gesetzt. Bei dem ENP erhalten Wirtschaftlichkeitsaussagen einen sehr hohen Stellenwert, sodass strategische Entscheidungen zur zukünftigen Energienutzungsplanung getroffen werden können. Ein Hauptziel des EKs ist es, bereits durch Umsetzung konkreter Projekte die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und den ländlichen Raum zu stärken. Bei dem KSK wird zudem eine kommunale CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellt und ein Monitoring-System aufgebaut, um den Klimaschutz in der Kommune zu verankern.

Tendenziell lässt sich sagen, dass sowohl der ENP als auch das KSK eher auf der strategischen, das EK eher auf der operativen Handlungsebene hilfreich sind. Bei der Wahl des für die Kommune sinnvollsten Instrumentes sollte sie sich im Klaren sein, welche Rolle sie einnehmen will. Will sie eher individuelle Maßnahmen fördern, also z. B. Hausbesitzer informieren, dass sie bestimmte Dinge tun? Oder will sie eher Maßnahmen im Verbund ergreifen und die Energieversorgung und Netzstrukturen in die eigene Hand nehmen? Bei letzterem erhält die räumliche Verortung von Daten einen hohen Stellenwert, die eine Besonderheit des ENPs ist. Hier werden ausgehend von Bestandskarten mit z. B. siedlungsstrukturellen Merkmalen Wärmebedarfsdichtekarten erstellt, die nicht nur den Ist-Zustand, sondern auch Zukunftsszenarien abbilden. Damit werden Karten der Infrastruktur verschnitten und auch die Potenziale für erneuerbare Energien dargestellt. Auf dieser Grundlage kann auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermittelt werden, welche Konzepte in welcher räumlichen Konstellation Sinn machen.



Abb. 7: Annika Malewski während des Vortrags.

Aus unserer Sicht werden die Themen Energiewende und Klimaschutz die Kommunen noch einige Zeit begleiten und es ist daher wichtig, dass kommunale Verwaltungen ihr Wissen in den eigenen Reihen auf- und ausbauen. Wir raten zudem zu einem gewissen Pragmatismus: Legen Sie möglichst zu Beginn fest, was Sie mit dem ENP/EK bezwecken wollen und welche Datengenauigkeit dafür vonnöten ist. Ermitteln Sie dann, wieviel Energie und Arbeitskapazitäten Sie aufbringen können und prüfen Sie, ob damit für Ihre weiteren Überlegungen eine belastbare Grundlage geschaffen wird.

Aus diesem Grund unser Appell: Beschäftigen Sie sich im Vorfeld intensiv mit den Instrumenten und schießen Sie nicht nur auf die Förderung. Es ist ein bewiesenes Beratungsdilemma, dass es unnötig Geld kostet, wenn nicht klar ist, wer den Untersuchungsrahmen absteckt: Die beauftragende Kommune, oder der Auftragnehmer. Es empfiehlt sich daher auch, sich für die Erstellung des Leistungsverzeichnisses externe Unterstützung zu suchen, insbesondere die Fördermittelberatungsstellen mit möglichst detaillierten Fragen zu kontaktieren.

## 8 Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne

### 8.1 Josef Martin



1. Bürgermeister  
Markt Zapfendorf  
Herrngasse 1  
96199 Zapfendorf

09547/879-0  
poststelle@zapfendorf.de  
www.zapfendorf.de

**Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:**

- Über Energiesparmaßnahmen nachzudenken und auch umzusetzen
- Potenziale von erneuerbarer Energie in der Gemeinde ermitteln und ausnutzen

**Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Die Akteure vor Ort einzubinden

### 8.2 Zusammenfassung des Vortrags

Der Bayerische Gemeindetag spricht sich für die Erstellung von ENPs durch die Gemeinden aus. Hier handelt es sich um ein zweckmäßiges informelles Planungsinstrument, um geeignete Maßnahmen zu der Umsetzung der Energiewende zu entwickeln. Der ENP ist besonders für die Vorbereitung von Maßnahmen geeignet, die auf einen größeren räumlichen Bereich zielen und mehrerer Akteure bedürfen. Beispiele sind Nahwärmenetze und energetische Sanierungen von Ortsteilen.

Der ENP sollte bestimmten Standards genügen, um tatsächlich den Gemeinden hilfreich zu sein. Der Bayerische Gemeindetag hat zu diesem Zweck 2012 eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen. Die Arbeitsgemeinschaft hat ein Beispiel für einen guten ENP entwickelt, der in dem Mitgliederbereich des Internetauftritts des Gemeindetags abrufbar ist. Die Arbeitsgemeinschaft nimmt Planungsbüros, Energieagenturen und sonstige Ersteller von ENPs als Mitglieder auf, soweit sie sich an diesem Beispiel orientieren.

Entscheidend aus Sicht des Gemeindetags ist die Maßnahmenorientiertheit des ENPs. Deshalb hat am Ende des Plans eine Maßnahmenempfehlung für die örtlichen Entscheidungsträger zu stehen. Diese setzt neben einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eine Akteursbeteiligung voraus. Zwar umfasst ein guter ENP anders als ein Klimaschutzkonzept keine breite Öffentlichkeitsbeteiligung. Jedoch werden in der Regel Maßnahmen betrachtet, die die Gemeinde nicht in alleiniger Zuständigkeit umsetzen kann. Die frühzeitige Einbeziehung der Betroffenen, z. B. möglicher Anschlussnehmer eines Wärmenetzes, ist damit Teil der Machbarkeitsabschätzung.

Die Maßnahmenempfehlung soll auf Basis einer fundierten Betrachtung der energetischen Ausgangssituation erfolgen. Dies setzt eine Erfassung der örtlichen Energieverbräuche und der Erzeugungssituation voraus. Für die Maßnahmen selbst sind sowohl die energetischen Einsparpotenziale, wie auch die örtlichen Erzeugungsmöglichkeiten auf Basis erneuerbarer Energien zu betrachten.

Auch wenn die Maßnahmenempfehlung sich in der Regel auf vor Ort umzusetzende Projekte bezieht, bestehen Möglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit. Insbesondere die Erfassung der Grunddaten (Verbräuche, Erzeugungssituation, Einspar- und Erzeugungspotenziale) lässt sich über eine gemeinsame Beauftragung eines ENPs oftmals effizienter bewerkstelligen.

## 9 Vortrag: Werkstattbericht Markt Zapfendorf

### 9.1 Josef Martin

Siehe Kapitel 8.1.

### 9.2 Zusammenfassung des Vortrags

Der Markt Zapfendorf liegt in dem oberfränkischen Landkreis Bamberg und hat etwa 5.000 Einwohner sowie eine Fläche von etwa 30 km<sup>2</sup>.

#### Ausgangssituation

Schon lange vor der Energiewende hat sich der Markt Zapfendorf aktiv mit dem Thema Energie befasst. Beispielsweise wird schon seit vielen Jahren das Wasser des Freibades erwärmt, ohne dass eine Warmwasserheizung eingebaut werden musste. Anstelle dessen wird Wärme aus dem Abwasser eines Milchbetriebes entzogen, über eine Mediumleitung zu dem Bad gebracht und dort über Wärmetauscher an das Badewasser abgegeben. Auch das erste Bürgerwindrad im Landkreis Bamberg und Umgebung wurde 1997 im Markt Zapfendorf aufgestellt. 2006 erfolgte zudem die Gründung der Energie- und Umweltinitiative Zapfendorf. Aus dieser folgte ein Musterbeispiel einer Gebäudesanierung zu einem Niedrigenergiehaus durch den Markt. Während der Bauarbeiten gab es für Interessierte immer wieder die Möglichkeit zur Besichtigung, z. B. zum Aspekt Dämmmaßnahmen, sodass dieses Beispiel private Folgemaßnahmen auslöste. Weiterhin wurde die Volksschule energetisch saniert sowie ein Solarkraftwerk mit 12 ha Fläche erbaut.

## Erstellung des ENPs und eines integrierten Quartierskonzepts

Im Oktober 2011 erfolgte der Beschluss im Gemeinderat mit Auftrag an die Verwaltung zur Beantragung von Fördermitteln für die Erstellung eines ENPs für das gesamte Marktgebiet (alle zehn Gemeindeteile). Wenige Tage danach erfuhr man von dem neuen KfW-Programm Nr. 432 „Energetische Stadtsanierung – Zuschüsse für integrierte Quartierskonzepte und Sanierungsmanager“. Für dieses Programm wurden je Bundesland fünf Pilotprojekte gesucht. Der Markt Zapfendorf bewarb sich sofort hierfür und wurde ausgewählt. Damit wurde das Ziel festgelegt, nebeneinander ein integriertes Quartierskonzept für den Kernort Zapfendorf sowie einen ENP für die neun weiteren Gemeindeteile erstellen zu lassen. Das integrierte Quartierskonzept wurde mit 65 % durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie mit weiteren 15 % durch das Bayerische Städtebauförderungsprogramm unterstützt. Für den ENP erfolgte eine 50 %ige Förderung durch das Bayerische Wirtschaftsministerium.

Der Auftrag für die Erstellung beider Pläne ging an das Institut für Energietechnik GmbH an der Hochschule Amberg-Weiden unter der Leitung von Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch.

## Ergebnisse der Untersuchungen

Die Pläne wurden jeweils für die Bereiche private Haushalte, kommunale Liegenschaften sowie Gewerbe/Handel/Dienstleistung und Industrie ausgestellt.

Neben der Erfassung des energetischen Ist-Zustands wurden die Einsparpotenziale zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 betrachtet. Diese belaufen sich auf durchschnittlich 26 % für das gesamte Gemeindegebiet. Das größte prozentuale Einsparpotenzial fällt mit 45 % auf die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED.

Auch die Potenziale zum Einsatz erneuerbarer Energien bis 2030 wurden untersucht. Hierbei fiel auf, dass die Potenziale für Photovoltaik auf Freiflächen sowie für Energieholz bereits ausgeschöpft sind. Auf der anderen Seite kann aber laut der Ergebnisse der weitere Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie auf Dachflächen sowie auch der Bau einer Biogasanlage und unter bestimmten Bedingungen auch drei Windkraftanlagen mit je 3 MW vorgenommen werden. Zudem kann der Austausch der bisherigen 1,1 MW-Windkraftanlage durch eine neue 3 MW-Anlage in Erwägung gezogen werden. Für die Nutzung von Abwärme aus dem Bio- und Holzkraftwerk und den Bau eines Fernwärmenetzes konnten dagegen bisher keine wirtschaftlich sinnvollen Konzepte erstellt werden. Dies liegt zum Teil an den hohen Wärmeverlusten sowie daran, dass derzeit keine gesicherte Aussage für einen Weiterbetrieb dieser Einrichtung über das Jahr 2020 hinaus zu erhalten war.

Die Szenarien bis zum Jahr 2030 ergaben, dass ein bilanzieller Stromüberschuss von bis zu 45 MWh/a möglich ist. Auf der anderen Seite kann aber der Bedarf an Heizwärme selbst nach Effizienzsteigerungs- und Einsparmaßnahmen voraussichtlich nicht vollständig aus erneuerbaren Quellen des Marktgebietes gedeckt werden.

## Nächste Schritte

Im August 2013 wurde ein Antrag auf zweijährige Förderung bezüglich der Einrichtung eines Sanierungsmanagements für den Kernort Zapfendorf an die KfW gestellt. Der Förderbescheid ist demnächst zu erwarten. Zur teilweisen Umsetzung des Integrierten Quartierskonzepts soll ein Sanierungsmanagementteam aus Energieberater, Städtebauplaner und dem Institut für Energietechnik eingesetzt werden. Dieses hat folgende Aufgaben:

- Vorantreiben des Umsetzungsprozesses auf der Basis des integrierten Quartierskonzepts



Abb. 8: Josef Martin während des Vortrags.

- Initiierung der übergreifenden Zusammenarbeit und Vernetzung wichtiger Akteure
- Koordination und Kontrolle der Sanierungsmaßnahmen der Akteure
- Bereitstellung einer Anlaufstelle für Fragen der Finanzierung und Förderung

Das integrierte Handlungskonzept sieht die individuelle energetische Optimierung vor allem der privaten Gebäude als zentrale Aufgabe des Sanierungsmanagements. Hierzu sollen v. a. die Öffentlichkeitsarbeit und Informationsweitergabe betrieben werden, z. B. durch die Durchführung von Informationsveranstaltungen und Schulungen.

## 10 Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde Oberhaid

### 10.1 Carsten Joneitis



1. Bürgermeister  
Gemeinde Oberhaid  
Rathausplatz 1  
96173 Oberhaid

09503 9223-11  
joneitis@oberhaid.de  
www.oberhaid.de

### 10.2 Dominik Böhlein



Geschäftsführer  
EVF-Energievision Franken GmbH  
Hainstraße 14  
96047 Bamberg

0951 93290941  
boehlein@energievision-franken.de  
www.energievision-franken.de

#### Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

- Konkrete Projekte werden angestoßen
- Vorhandene Potenziale werden erkannt und Fehlplanungen verhindert
- Sensibilisierung für das Thema Energie innerhalb der Entscheidungsträger der Kommune

- Regionalwirtschaftliche Aspekte des Themas Energieeinsparung und Energieerzeugung werden in den Köpfen der Entscheider verankert

**Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

- Umsetzungsorientierte Konzepte entwickeln
- EKs immer mit räumlichen Komponenten unterfüttern (nicht nur zahlenmäßig sondern kartographisch)
- Eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung anstreben um eine breite Akzeptanz zu erwirken
- Wenn möglich bereits während der Konzeptphase mit der Realisierung von Projekten beginnen, damit die Kompetenz der Fachplaner eingesetzt werden kann.

### 10.3 Zusammenfassung des Vortrags

#### Ausgangssituation

Die Gemeinde Oberhaid liegt in dem oberfränkischen Landkreis Bamberg. Sie hat etwa 4.700 Einwohner und eine Fläche von knapp 27 km<sup>2</sup>. Sie ist ein bevorzugter Wohnstandort in unmittelbarer Nähe zu der Stadt Bamberg.

Die Gemeinde ist schon seit längerer Zeit energiepolitisch sehr aktiv. Beispiele sind die Gründung des Arbeitskreises Energie, das Energieumwälzpumpen-Programm und die Errichtung einer bürgerschaftlichen Freiflächen-Photovoltaikanlage mit etwa 1.600 kWp.

#### Erstellung eines EKs

Mit der Erstellung des EKs sollen die bestehenden Potenziale hinsichtlich der nachhaltigen Energieerzeugung und -einsparung definiert werden, um effizienten und wirkungsvollen Klimaschutz betreiben zu können.

Seit April 2013 wird daher in Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro EVF-Energievision Franken GmbH dieses EK erarbeitet.

Das EK stellt einen energetischen Leitfaden für die Zukunftsgestaltung der Gemeinde dar. So sind die Erhebung des gemeindlichen Energieverbrauchs sowie die Energieerzeugungs- und Energieeinsparpotenziale ein wichtiger Bestandteil. Auf Basis dieser Daten wird eine CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellt, die aufzeigt, welche energetischen Möglichkeiten und Chancen in der Gemeinde bestehen. Ein Katalog mit detaillierten, maßnahmenorientierten Handlungsempfehlungen soll verdeutlichen, welche Maßnahmen nach Umsetzung – auf kurz-, mittel- und langfristige Sicht – besonders effektiv sind.



Abb. 9: Carsten Joneitis (rechts) und Dominik Böhlein während des Vortrags.

#### Beteiligung der Öffentlichkeit

Ein wichtiger Baustein in dem EK ist die Einbindung der Bürger und aller beteiligten Akteure. Hierzu wurden bereits Bürgerinformationsveranstaltungen zu den Themen nachhaltige Energieerzeugung und Energieeinsparungen abgehalten. Die Koordinierung und Planung sowie die Zieldefinitionen finden in Absprache mit der Lenkungsgruppe, dem internen Entscheidungsgremium, statt. Dieses Gre-

mium setzt sich aus Vertretern der Stadtverwaltung sowie Mitgliedern des schon bestehenden Arbeitskreises Energie zusammen. Im weiteren Verlauf des Projektes sollen unter anderem Bürgerworkshops stattfinden, in denen bürgerliche Belange besprochen und konkrete Handlungsempfehlungen konzipiert werden.

### **Konzepte und Maßnahmen**

Schon während der Erstellung des EKs sind in der Gemeinde klimawirksame Einzelprojekte ins Rollen gekommen.

Beispielsweise wird ein Teil der Innenbeleuchtung der Schule in Oberhaid auf moderne, hocheffiziente LED-Technik umgerüstet. Hierzu wird die vom Projektträger Jülich angebotene Förderung von 40 % der Investivsumme in Anspruch genommen. Dadurch werden jährlich rund 8.000 kWh Strom eingespart und somit der Umwelt knapp 5 t CO<sub>2</sub> pro Jahr erspart.

Des Weiteren werden die Energieverbräuche der kommunalen Liegenschaften aufgenommen, aufbereitet und mit bundesdeutschen Mittelwerten verglichen, um so für künftige Energieberatungen und Sanierungsvorhaben erste Auskünfte und Einschätzungen an der Hand zu haben.

### **Nächste Schritte**

Ein besonderes Anliegen der Kommune ist die Sanierung bzw. der Austausch der bestehenden Holz hackschnitzelheizung des Bauhofes. In einem ersten Schritt wurden im Rahmen des EKs die Möglichkeiten einer Erweiterung des Netzes, zum einen um kommunale Liegenschaften (Kindergarten, Turnhalle etc.) und zum anderen um private Anschlussnehmer in naheliegender Umgebung, untersucht. Die weitere Umsetzbarkeit wird einstweilen geprüft.

Der Fokus der Betrachtungen liegt letztendlich in der Erarbeitung von realisierbaren Energieprojekten, deren Mehrwert und regionale Wertschöpfung merklich in der Gemeinde wahrzunehmen sein sollen. Zur Erweiterung der Akzeptanz innerhalb der Bürgerschaft ist deren Einbindung in die Gestaltung des EKs entscheidend.

Das EK soll den Weg für eine künftig energieneutrale Gemeinde Oberhaid ebnen, bürgerschaftliche Energieprojekte auf den Weg bringen und einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten.

### **Fragen aus dem Plenum und dazugehörige Antworten**

Frage an Dominik Böhlein: Hat aus Ihrer Sicht die Einrichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage bei der aktuellen Vergütung von 9 Cent eine reelle Chance?

Antwort: Photovoltaik ist an ihrer Grenze angelangt. Die Rahmenbedingungen (bestimmte Größe, günstige Flächenpacht, Nähe zum Einspeisepunkt) müssen stimmen, damit es sich rentiert. Aber auch wenn es schwieriger wird, wird es in Zukunft noch lohnende Projekte geben. Die Standorte müssen besser ausgewählt werden, als es bislang geschah.

Frage an Carsten Joneitis: Welche Renditeversprechungen gab es bei der Bürger-Photovoltaikanlage in Oberhaid?

Antwort: Das vergangene Jahr wird erst März/April 2014 abgerechnet. Das Ziel war nicht die Optimierung der Investition. Zuerst wurde die Anlage geplant, dann wurde über die Betreiberschaft nachgedacht. Die Bürgerschaft vor Ort sollte eingebunden werden. Das Ziel der Gemeinde ist 5,5 % Rendite und der Preis pro Energiepaket lag bei 1.050 €. Es gab auch Interessenten außerhalb der Gemeinde.

## 11 Ergebnisse der Thementische

Als Kern der Veranstaltung diskutierten die Teilnehmer in Kleingruppen offene Fragen zum jeweiligen Thema an den vier sogenannten Thementischen.

Diese wurden jeweils von einem (fachlich versierten) Gesprächsleiter moderiert und von einer (fachlich neutralen) Assistenz für alle sichtbar an einer Pinnwand dokumentiert. Um ein Gespräch „auf Augenhöhe“ zu fördern, saßen zudem an jedem Thementisch ein oder mehrere „Impulsgeber“, also zu meist kommunale Vertreter, die bereits Erfahrungen mit dem ENP oder dem EK gesammelt hatten und diese im Laufe des Gespräches mit den anderen Teilnehmern teilten.

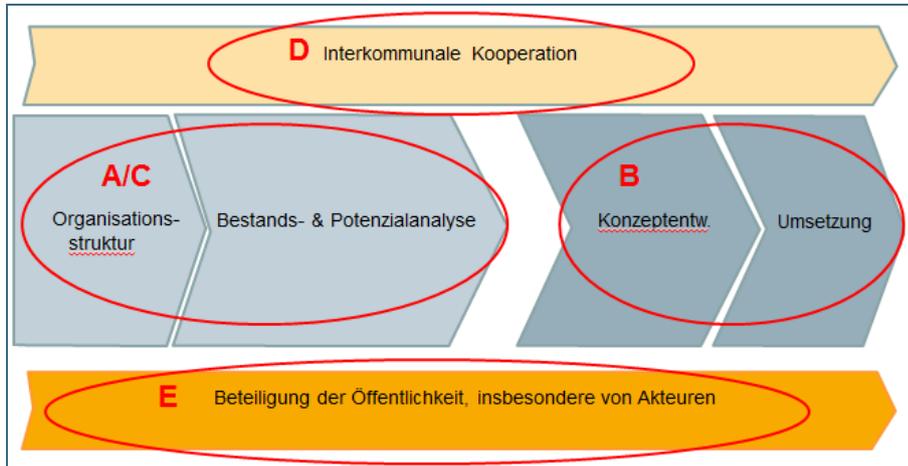


Abb. 10: Übersicht des Ablaufs eines ENPs/EKs und die daran angelehnte Themenwahl für die Thementische.

Die Themen der vier Thementische wurden dem groben Ablauf des ENPs und EKs nachempfunden (Abb. 10). Jeder Teilnehmer nahm im Laufe des Tages an jedem Thementische teil – jedoch in unterschiedlicher Reihenfolge. Die Teilnehmer konnten durch dieses interaktive Format mit immer wieder anderen Personen ins Gespräch kommen, diskutieren, nachfragen und Erfahrungen austauschen.

Nach den vier Diskussionsrunden wurden am Nachmittag die prägnantesten Diskussionsergebnisse von den Gesprächsleitern und Assistenten zusammengefasst und im Plenum vorgestellt.

Im nachfolgenden Kapitel sind Eindrücke, Erfahrungen, Fragen und Antworten der jeweils ca. 40-minütigen Diskussionsrunden dokumentiert. Es handelt sich daher um einzelne Äußerungen der teilnehmenden kommunalen Vertreter oder Experten. Übereinstimmende Aussagen sind als Konsens herausgestellt.

## 11.1 Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern

### Impulsgeber:

- Anna Marquardt, Technologie Campus Freyung
- Michael Abraham, 1. Bürgermeister, Stadt Rehau

### Moderation:

- Tobias Eder, TU München

### Dokumentation:

- Sonja Epple, citycom-münchen

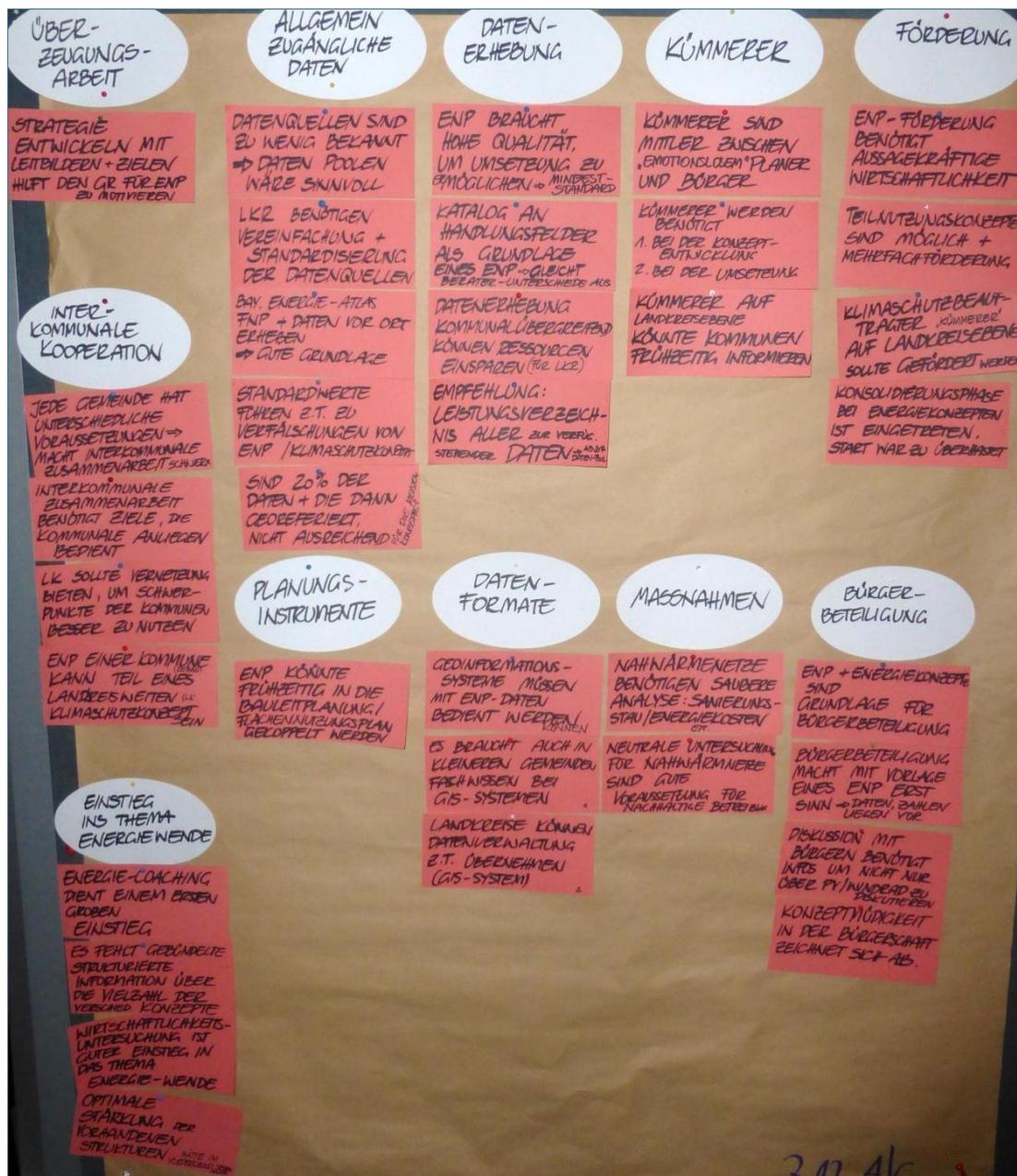


Abb. 11: Thementisch A/C: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### **Thema: Einstieg in das Thema Energiewende**

Wie steigen wir in das Thema ENP/EK ein? Gerade kleine Kommunen benötigen gleich zu Beginn eine gute Beratung, was für sie als Einstieg sinnvoll ist, damit ihre ohnehin geringen personellen Ressourcen effektiv eingesetzt werden können. Immer wieder wurde benannt, dass die Vielzahl der unterschiedlichen Konzepte eher Verwirrung stiftete und eine strukturierte Übersicht sehr hilfreich sei. Eine Kommune startete mit einem Energiecoaching durch ENERGIE INNOVATIV. Aber auch Ingenieurbüros oder Experten verschiedener Hochschulen bieten Unterstützung beim Einstieg an. Der Rat eines Experten war zudem, dass die Kommunen gut daran tun, bereits vorhandene Strukturen zu nutzen und optimal auszubauen.

### **Thema: Förderung**

Eine Voraussetzung für die Förderfähigkeit des ENPs stellt die explizite Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der erarbeiteten Maßnahmen zur Umsetzung dar, da diese eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der späteren Umsetzung bildet, so der Experte des Innovations- und Technologiezentrums Bayern. Außerdem muss ein ENP nicht für die gesamte Kommune erarbeitet werden, da in die Förderung ebenso Teilkonzepte kommen.<sup>4</sup>

Aus einer Kommune wurde berichtet, dass nach einem (vielleicht zu) rasanten Start sich nun eine gewisse Konzeptmüdigkeit zeige.

### **Thema: Datenerhebung, Potenzialanalyse**

Damit ein ENP ein starkes und nachhaltiges Planungsinstrument bleibt, muss die erwartete Qualität der Inhalte von Beginn an festgeschrieben sein. Damit wird bereits in der Ausschreibung die Güte der zu ermittelnden Daten, die Aussagekraft der Auswertung sowie der empfohlenen Maßnahmen festgelegt. Ein Vorschlag war, dass viele Daten auch zentral über die Landratsämter als „Informationsdrehscheibe“ zur Verfügung gestellt werden könnten. Das würde der schwierigen Personalsituation kleinerer Kommunen sehr entgegen kommen.

Kommunen wünschen sich eine übersichtliche Aufstellung von bereits zur Verfügung stehenden Daten. Ebenso wäre es für einige Kommunen sinnvoll, anhand eines Kataloges eigene Handlungsfelder bewerten zu können, um diese im Ausschreibungsverfahren besser definieren zu können. Zu Problemen kommt es oftmals, da die Angebote der Ingenieurbüros häufig sehr unterschiedlich sind, je nach Schwerpunkt des Büros. Ohne „Messlatte“ fällt es, so die Meinung einiger Gemeindevertreter, meist schwer, sich für das „richtige“ Büro zu entscheiden.

### **Thema: Datenformate**

Den meisten Diskutierenden war die Notwendigkeit eines Geoinformationssystems (GIS) durchaus bewusst, wenn auch nicht überall vorhanden. Zum Teil liegt es an dem fehlenden Fachwissen, dieses Instrument wirkungsvoll einzusetzen, zum anderen fehlt es an Personal. Wichtig ist, so die Teilnehmer, dass die Daten, die von Externen erarbeitet wurden, von den Kommunen auch weiter verarbeitet und in ihr System gepflegt werden können. Gerade bei kleineren Kommunen macht es Sinn, wenn die Landkreise die Datenverwaltung (in GIS) mit übernehmen. Dementsprechend sind diese dann wiederum auf die Datenrückflüsse aus den Kommunen angewiesen. Hier sind künftig klare Standards gefordert.

---

<sup>4</sup> Siehe auch Kapitel 12.

### Thema: Allgemein verfügbare Daten

Viele Daten sind vorhanden, jedoch nicht jeder Kommune respektive jedem Planungsbüro ist bewusst, an welchen Stellen diese erhalten werden können und in welcher Detailschärfe die Daten benötigt werden. Daher wäre ein zentraler Datenpool für die kommunale Energieplanung sehr sinnvoll, was mehrfach nachgefragt wurde. Ab 2014 wird der „Datenpool ENP“ in dem Energie-Atlas Bayern zu finden sein. Dieses Projekt wird in Zusammenarbeit mit ENERGIE INNOVATIV an der Technischen Universität München bearbeitet. Ziel ist es, einheitliche Standards der Datenerhebung und Datenverwendung für die Bestands- und Potenzialanalyse zu erarbeiten. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes fließen in die Entwicklung einer interaktiven Internetplattform ein, die mit dem Energie-Atlas Bayern verlinkt sein wird. In einem ersten Schritt soll die effiziente Auffindung und Organisation von Datengrundlagen für die kommunale Energieplanung und eine Hilfestellung bei der Ausschreibung von Energienutzungsplanungen ermöglicht werden. In einem zweiten Schritt werden ein standardisiertes Datenpaket ENP und erste Softwarewerkzeuge für die Bestands- und Potenzialanalyse für Planer entwickelt.

Wichtig ist, dass die Datenerhebung an die individuellen Anforderungen des Untersuchungsgebietes angepasst ist. Nach Auskunft eines Experten sind bereits 20 % der vorhandenen, georeferenzierten Daten ausreichend, um ein EK zu erstellen.

### Thema: Kümmerer – Koordinator und Manager

Einig waren sich die Teilnehmer, dass es an vielen Stellen der kommunalen Energiewende eines „Kümmerers“ bedarf, der in der Funktion eines Koordinators und Managers agiert. Zu Beginn ist die Aufgabe eines Kümmerers, die Kommune mit dem Thema Energiewende vertraut zu machen und die Bereitschaft zu stärken, selbst aktiv mitzugestalten. Oft waren es die Bürgermeister selbst, die voran schritten und Überzeugungsarbeit leisteten. Wenn es dann an die Umsetzung von Maßnahmen ging, benötigte es meist eine weitere, fachkundige Person, die sich um die Organisation kümmerte und als Ansprechpartner für alle Belange fungierte. Ein Teilnehmer nannte den Kümmerer einen Mittler zwischen „emotionslosen“ Planern und den Bürgern. Ein solcher Kümmerer auf Landkreisebene sollte ebenfalls die Mittlerrolle zwischen Kommunen und Landkreis bedienen und die Kommunen über für sie geeignete Maßnahmen informieren.

### Thema: Vorgehensweisen und Maßnahmen

Ein Experte wies darauf hin, den ENP frühzeitig in den Flächennutzungsplan zu integrieren, um im Weiteren eine Überführung der Konzepte in die formelle Bauleitplanung zu ermöglichen.

In vielen Gesprächsrunden tauchte das Thema Nahwärme auf. Dabei wiesen die anwesenden Experten nachdrücklich darauf hin, dass es für die erfolgreiche Umsetzung von Nahwärmekonzepten einer detaillierten Analyse der Abnehmerstruktur bedarf. Welche Gebiete sind überhaupt geeignet? Sind Sanierungen geplant? Wie werden sich die Energiekosten entwickeln? Gerade bei Nahwärmenetzen sollten sich die Gemeinden auf eine neutrale Untersuchung stützen.

### Thema: Interkommunale Kooperation

Grundsätzlich ist eine interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll, wenn sich damit Ressourcen einsparen lassen und die kommunalen Eigenziele Berücksichtigung finden. Ein gemeinsames Energiemanagement könnte beispielsweise gerade für kleinere Kommunen eine gute Lösung darstellen. Das Landratsamt sollte hier auch unterstützend einwirken, Vernetzungen anbieten und die kommunalen Schwerpunkte besser nutzen.

### **Thema: Bürgerbeteiligung**

Wann sollen Bürger, wann Akteure in der kommunalen Energieplanung eingebunden werden? Einzelne Kommunalvertreter meinten, die Bürgerschaft sei konzeptmüde, Bürgerversammlungen zum Thema Energie würden daher oft nur spärlich besucht. Wenn überhaupt, benötigt es definierte Angebote des Mitwirkens, untermauert durch solide Zahlen, die den Bürgern präsentiert werden können und auf deren Grundlage sich Potenziale für die Bürger ablesen lassen. Diese Potenziale können sowohl finanzieller als auch ideeller Natur sein. Aus Sicht eines anderen Teilnehmers sind Grundsatzdiskussionen um Windräder oder um Flächen-Photovoltaikanlagen „der Tod“ kommunalen Engagements im Bereich erneuerbarer Energien. Das Streiten um Positionen sollte durch positiv induzierte Diskussionen um definierte Chancen abgelöst werden. Die Diskussion benötigt daher viele Fakten, auf deren Grundlage ein Gespräch geführt werden kann. Ungeachtet dessen muss die Bürgerschaft frühzeitig mit „ins Boot geholt“ werden. Aufklärungsarbeit ist wichtig und sollte daher ständig erfolgen.

## 11.2 Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen

### Impulsgeber:

- Hendrik Dressel, 1. Bürgermeister, Stadt Seßlach

### Moderation:

- Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch, Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden

### Dokumentation:

- Markus Weinkopf, citycom-münchen

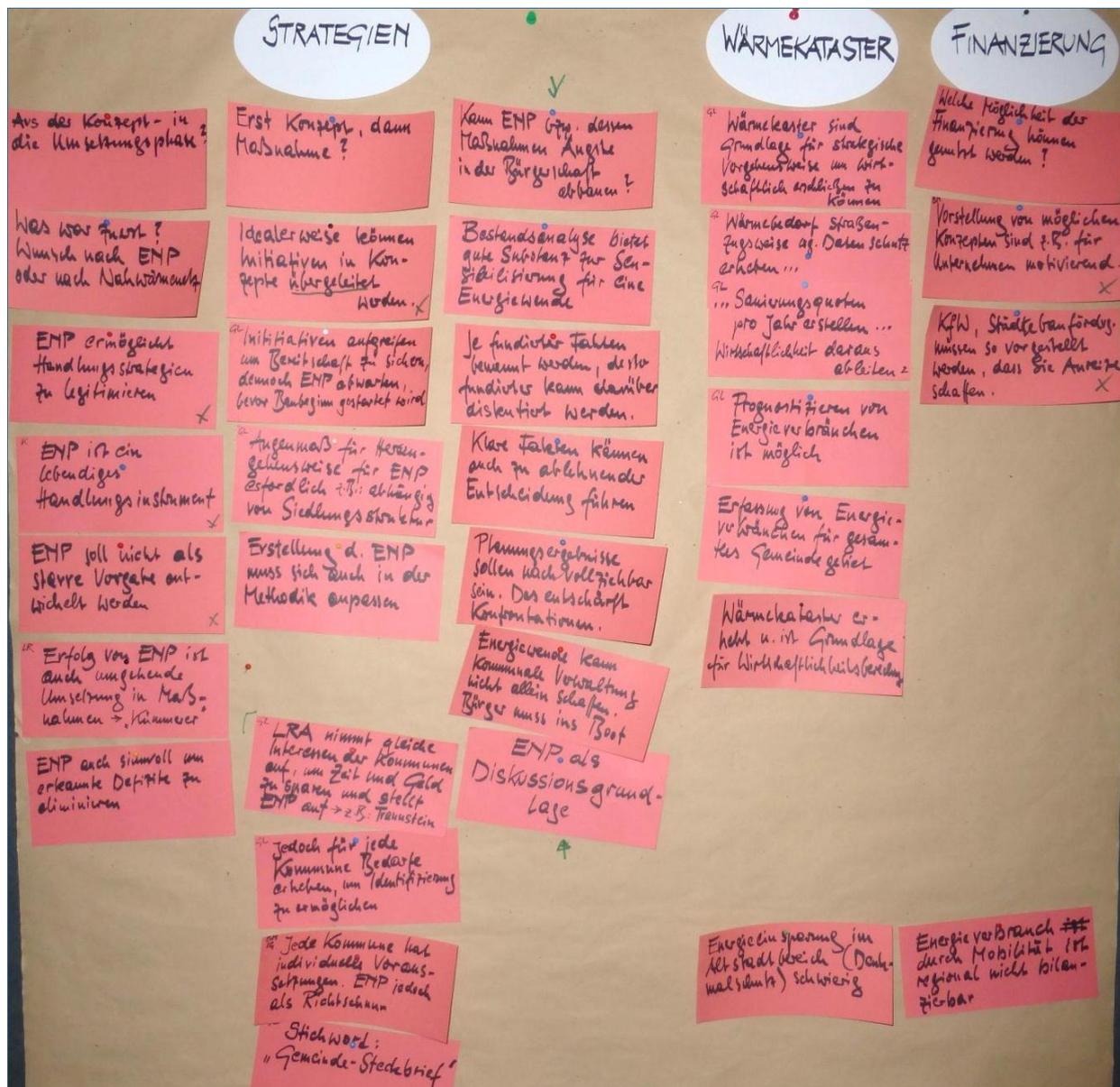


Abb. 12: Thementisch B: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

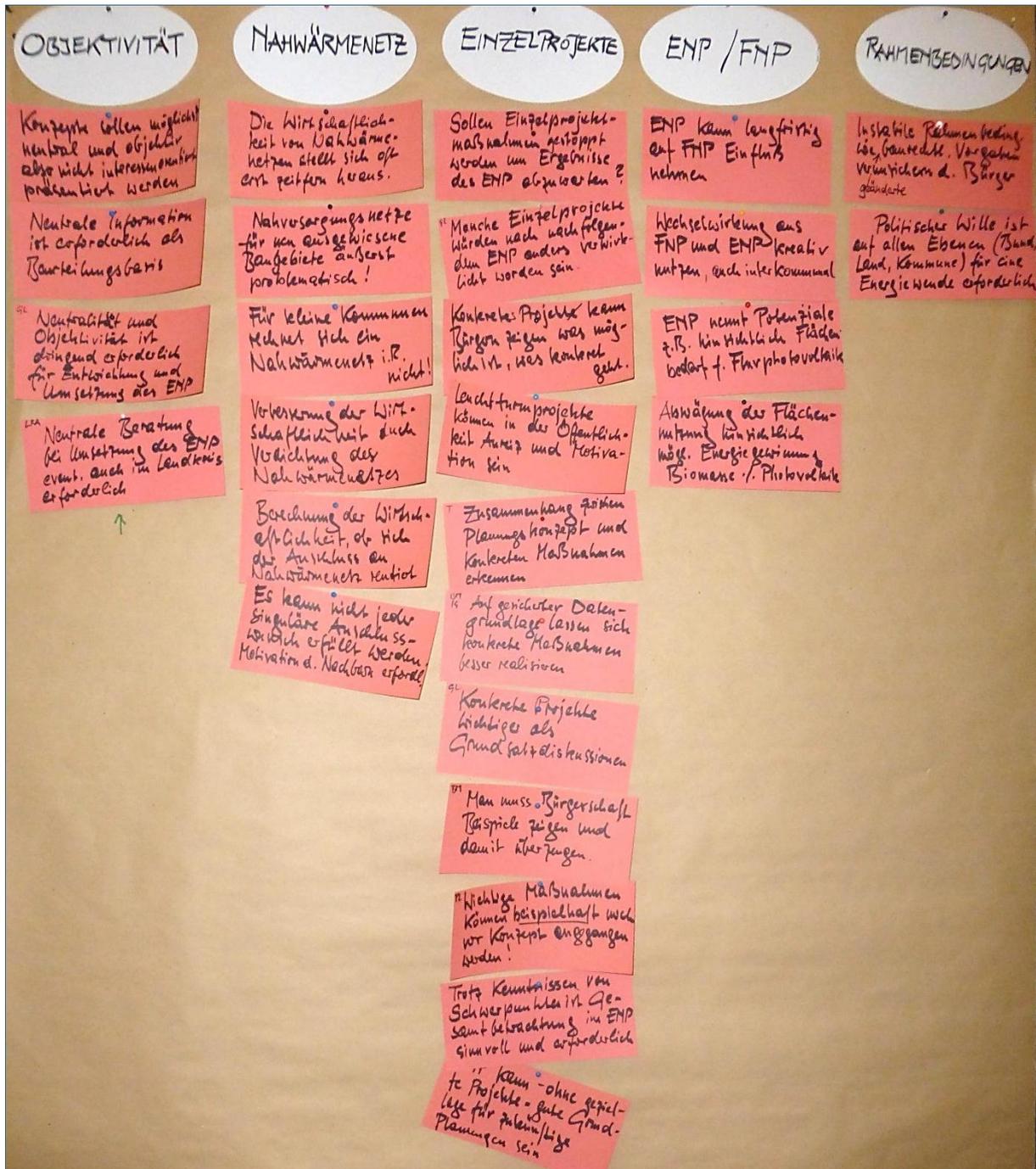


Abb. 13: Thementisch B: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### Mündlich von Prof. Brautsch für den Diskussionseinstieg vorgetragene Thesen:

Der ENP soll fundiert auf den Ist-Zustand der Kommune – damit sind sowohl kommunale, gewerblich-industrielle, als auch private Verbraucher gemeint – aufbauen. Die Kommune soll mit der Ausweisung von Energieeffizienzpotenzialen bzw. den Ausbaupotenzialen erneuerbarer Energien nicht auf sich allein gestellt bleiben. Darauf aufbauend sollen unterschiedliche Detailprojekte mit hohem Multiplikatoreffekt objektiv (technisch, wirtschaftlich, ökologisch) bewertet werden. Konkrete Maßnahmen müssen wirtschaftlich und zeitlich priorisiert werden. Für die Kommune soll sich ein Handlungsleitfaden für die nächsten Jahre ergeben, wie die Energiewende vor Ort individuell gestaltet werden kann.

### **Thema: Bestehende Initiativen und umgesetzte Maßnahmen im Kontext des ENPs**

Auf die Frage, wie mit bereits existierenden Initiativen oder anlaufenden Projekten bei der Erstellung des ENPs umgegangen werden soll, gab der Gesprächsleiter folgende Antwort: Idealerweise können Initiativen in Konzepte übergeleitet werden. Wichtig ist vor allem, dass Initiativen aufgegriffen werden, um die bestehende Bereitschaft der Bürger zu sichern. Dennoch sollten die Ergebnisse des ENPs abgewartet werden, bevor konkret mit Maßnahmen begonnen wird. Zu beachten ist dabei, dass sich auch die Erstellung des ENPs in der Methodik angepasst werden soll. Der ENP ist ein lebendiges Handlungsinstrument, er soll daher nicht als starre Vorgabe verstanden werden.

Aber wie sind bereits umgesetzte Einzelmaßnahmen im Kontext zu einem ENP zu sehen? Es gab die Erkenntnis, dass manche Einzelprojekte aufgrund eines fertiggestellten ENPs anders verwirklicht worden wären. Viele Teilnehmende sahen aber die Notwendigkeit erfolgreicher Einzelprojekte oder auch von „Leuchtturmprojekten“, um Bürgern zu zeigen, was konkret machbar ist. Dennoch ist es unzweifelhaft, dass sich auf fundierten Datengrundlagen konkrete Maßnahmen besser realisieren lassen und dass trotz bereits vorhandener Kenntnis von Schwerpunkten die Gesamtbetrachtung in einem ENP sinnvoll und erforderlich ist.

### **Thema: Strategien**

Eine Eigenschaft des ENPs ist, dass er Handlungsstrategien legitimiert. Dabei muss in Kauf genommen werden, dass er auch Fehlentwicklungen aufzeigen kann, die dann gestoppt werden können. Der Erfolg eines ENPs hängt auch davon ab, wie schnell empfohlene Maßnahmen umgesetzt werden. Dazu ist ein Kümmerer von Vorteil, der nachfolgende Schritte unmittelbar veranlasst.

Es wurde die Rolle des Landkreises bei der Entwicklung eines ENPs angesprochen. Hier kann es von großem Vorteil hinsichtlich Zeit und Geld sein, wenn gleiche Interessen der Kommunen interkommunal im Landkreis bearbeitet werden. Dabei müssen jedoch die individuellen Bedarfe der Kommunen berücksichtigt und die gemeindespezifischen Voraussetzungen im ENP erhoben und beachtet werden. Man spricht hier vom sogenannten „Gemeinde-Steckbrief“.

### **Thema: Objektivität**

Der ENP muss neutral, also nicht interessenorientiert erstellt werden. Damit bietet er eine objektive Grundlage für Entscheidungen bezüglich der Umsetzung von Maßnahmen. Von einem Vertreter eines Landratsamtes wurde angeregt, den Kommunen im Landratsamt bei der Umsetzung des ENPs eine neutrale Beratung zur Verfügung zu stellen.

### **Thema: Wärmekataster und Nahwärmenetze**

Als wichtiges Handlungsinstrument des ENPs wurde von Teilnehmern der Wärmekataster genannt. Er schafft die Grundlage für eine strategische Vorgehensweise. Damit ist die Grundlage geschaffen, um Sanierungsszenarien zu erstellen, aus denen die Wirtschaftlichkeit von Wärmenetzen abgeleitet werden kann. Die Analyse der Wirtschaftlichkeit von Nahwärmenetzen ist ein unerlässlicher Arbeitsschritt. Beispielsweise bei dem Ausweisen neuer Baugebiete ist die Planung eines Nahwärmenetzes aufgrund der Wärmeverluste in Kombination mit den meist geringen Wärmeverbräuchen von Neubauten in der Regel nicht zielführend. Eine Verbesserung hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit ist allenfalls bei einer Verdichtung bestehender Nahwärmenetze zu erwarten.

Ein Teilnehmer wies außerdem darauf hin, dass singuläre Anschlusswünsche an ein Nahwärmenetz meist nicht erfüllt werden können. Er empfahl die Motivation der Nachbarn, um so eine größere Gruppe Anschlusswilliger zu bilden.

### **Thema: ENP und Flächennutzungsplan**

Die Wechselwirkung zwischen ENP und Flächennutzungsplan ist zweifellos gegeben. Der ENP kann langfristig Einfluss auf den Flächennutzungsplan nehmen, nennt der ENP doch Potenziale der Flächennutzung hinsichtlich möglicher Energiegewinnung. So kann beispielsweise eine Abwägung zwischen Nutzung zum Anbau von Biomasse oder zur Flächenphotovoltaik getroffen werden.

### **Thema: Umgang mit Akteuren und der Bürgerschaft**

Auf die Frage, ob ein ENP Ängste in der Bürgerschaft abbauen kann, ging ein Experte wie folgt ein: Die Bestandsanalyse eines ENPs bietet eine gute Substanz, um die Bürger für die Energiewende zu sensibilisieren. Je fundierter Fakten benannt werden, desto zielführender kann darüber diskutiert werden. Auch hier ist nicht auszuschließen, dass durch klare Fakten auch negative Entscheidungen gefällt werden können. Deeskalierend werden Planungsergebnisse immer dann wirken, wenn sie transparent, verständlich und nachvollziehbar sind. Die Energiewende kann nur dann konfliktfrei geschafft werden, wenn von Anfang an der Bürger mit „im Boot“ ist. Der ENP schafft dafür nach Meinung des Experten eine gute Diskussionsgrundlage.

KfW-Förderung und Städtebauförderung müssen laut Meinung der Teilnehmer so vorgestellt werden, dass sie Anreize schaffen. So ist eine verständliche Präsentation von Finanzierungsmöglichkeiten besonders für Unternehmen motivierend.

Instabile Rahmenbedingungen wie veränderte baurechtliche Vorgaben verunsichern die Bürgerschaft. Sie erwartet vielmehr einen ausdrücklichen politischen Willen hinsichtlich der Energiewende auf allen Ebenen, also im Bund, im Land und in der Kommune.

### 11.3 Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland

#### Impulsgeber:

- Carsten Joneitis, 1. Bürgermeister, Gemeinde Oberhaid

#### Moderation:

- Erich Monhart, K.GREENTECH

#### Dokumentation:

- Brigitte Gans, citycom-münchen

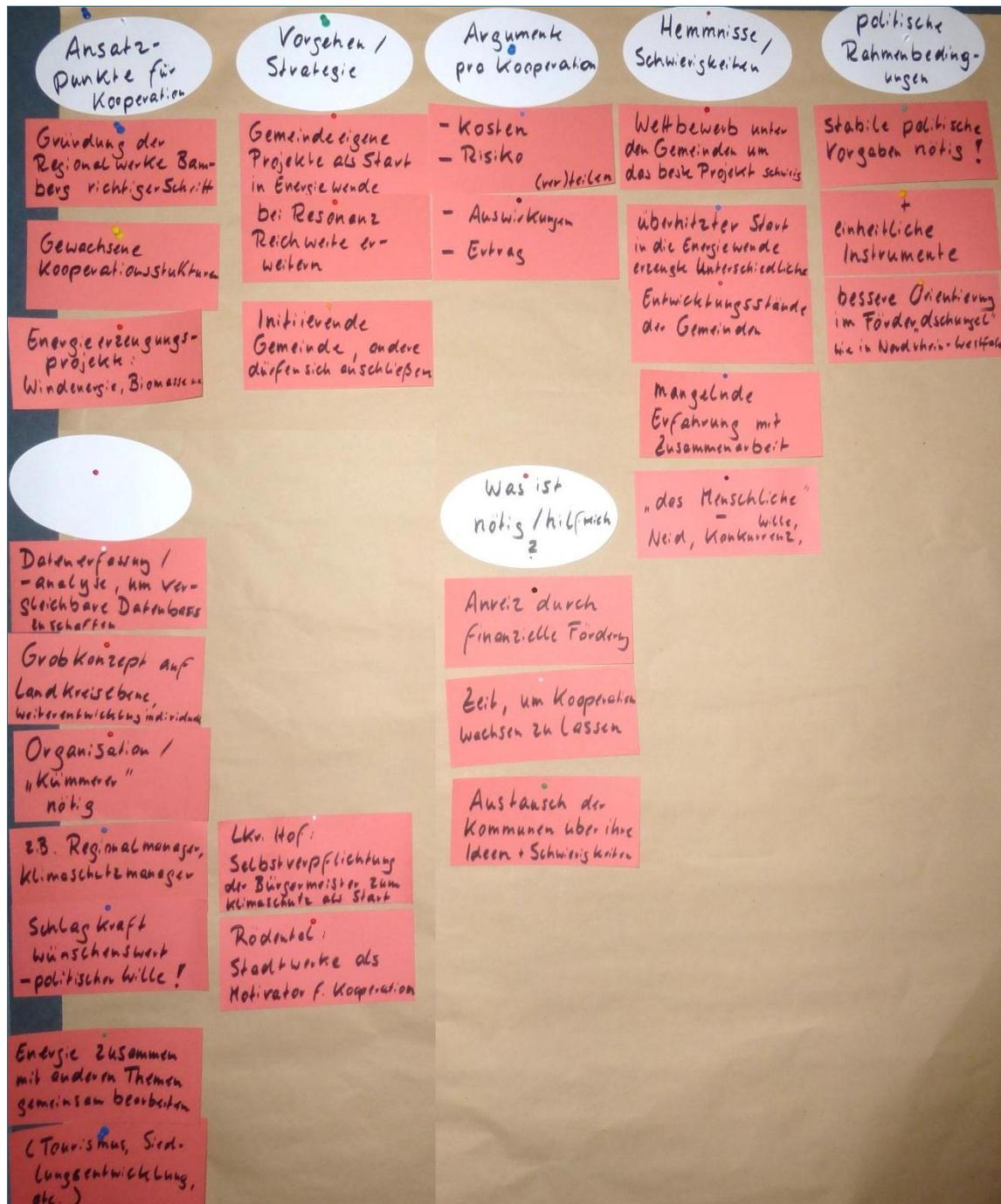


Abb. 14: Thementisch D: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### **Thema: Ansatzpunkte für Kooperation**

In den Gesprächsrunden waren unter anderem Gemeindevertreter, die schon viel Erfahrung mit interkommunaler Zusammenarbeit gesammelt haben. Diese empfahlen, bereits bestehende Zusammenschlüsse jetzt für die Projekte der Energiewende zu nutzen. Die interkommunale Kooperation, so ihre Empfehlung, funktioniert besonders gut, wenn das Vertrauen der Beteiligten schon gewachsen ist.

Auch die neueren Zusammenschlüsse speziell für das Thema Energie – Beispiel hier die Regionalwerke Bamberg – wurden als Schritt in die richtige Richtung begrüßt.

Als weiteren geeigneten Ansatzpunkt für die interkommunale Kooperation sahen die Teilnehmer außerdem die großen Investitionsprojekte der Windkraft, der Tiefen-Geothermie und der Biomassenutzung.

### **Thema: Vorteile der Kooperation**

Der Impulsgeber fasste die Vorteile prägnant in vier Aspekten zusammen: Kosten, Risiko, Auswirkungen, Ertrag. Bei Projekten im Energiebereich gehe es zunehmend darum, die Kosten für die Investitionen zu teilen sowie das Risiko, diese Kosten zu schultern. Die Auswirkungen der Projekte überschreiten meist die Gemeindegrenzen – Beispiel ist der LKW-Verkehr, um die Biomasse zu den Biogasanlagen zu transportieren. Deshalb sollte auch hier eine Abstimmung mit den Nachbarn erfolgen. Und es sollte auch bei der Aufteilung und Planung des Ertrags kooperiert werden, damit die Projekte stabiler durchgeführt werden können.

### **Thema: Hemmnisse und Schwierigkeiten**

Den Vorteilen stehen Hemmnisse in der Praxis gegenüber. Ein Teilnehmer bemerkte, dass insgesamt ein überhitzter Start in die Bemühungen um die Energiewende dazu geführt hat, dass die Gemeinden unkoordiniert Projekte und Aktivitäten realisierten und daher einen sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand haben. Jetzt ist es schwierig, das „Rad wieder zurückzudrehen“ und gemeinsam neu zu starten.

Zudem, so andere Teilnehmer, haben die Gemeinden teilweise noch keine oder wenig Erfahrung in der interkommunalen Kooperation. Energieprojekte stellen aus ihrer Sicht ein schwieriges Startfeld für die Kooperation dar.

Auch der Wettbewerb unter den Gemeinden und ihren Entscheidern um das beste und erfolgreichste Projekt stellt ein Hemmnis dar. Hier wurde in den Gesprächsrunden auch der „menschliche Faktor“ – Neid und Konkurrenz – problematisiert.

### **Thema: Politische Rahmenbedingungen**

Ein weiteres Hemmnis, so der Konsens in allen Runden, sind die politischen Rahmenbedingungen. Es fehlen klare, einheitliche und stabile Vorgaben, wie die Energiewende umzusetzen ist. Auch die Vielfalt der Instrumente und Zuständigkeiten erschwert die Kooperation der Gemeinden zusätzlich. Ein Teilnehmer wünschte sich zudem eine bessere Orientierung im „Förderdschunzel“.

### **Thema: Was ist hilfreich und förderlich?**

Um die Kooperation zu fördern, wurde von einigen Teilnehmern angeregt, dass ein Anreiz durch die Förderprogramme geschaffen werden soll. Nachdem die Gemeinden oft die Förderprogramme als Anlass nehmen, sich mit einem Thema auseinanderzusetzen, könnte dieses die Idee der Kooperation verbreiten. Andere sprachen sich gegen diese Maßnahme aus mit dem Argument, dass eine interkommunale Kooperation nur sehr individuell entschieden werden könne und nicht pauschal verordnet werden sollte. Es wurde betont, dass die interkommunale Kooperation Zeit braucht um zu wachsen und nicht von außen forciert werden kann. Dagegen wurde als hilfreich gesehen, wenn es Anlässe

gibt, durch die die Gemeinden sich über ihre Probleme kollegial austauschen. Daraus kann dann eine Zusammenarbeit erwachsen.

### **Thema: Geeignete Koordinationsstelle**

Dies führte auch zu der Frage, wer diesen Austausch anstoßen und koordinieren kann. Einigkeit bestand darin, dass es eine solche Stelle braucht, wenn die interkommunale Kooperation stärker genutzt werden soll.

Wie diese Stelle ausgeformt sein kann, dazu gab es unterschiedliche Ideen. Die Klimaschutzmanager der Landkreise wurden genannt, sowie auch das Modell der Regionalmanager<sup>5</sup>.

Als wichtig wurde benannt, dass diese Stelle auch ausreichende politische Unterstützung erhalten muss, um wirkungsvoll agieren zu können. So müsse beispielsweise der Landrat voll und ganz hinter den Koordinatoren stehen und sein politisches Gewicht einbringen.

Ein teilnehmender Regionalmanager brachte ein, dass die interkommunale Kooperation sich nicht nur auf das Thema Energie beschränken sollte.

Bezüglich der geeigneten Strategie gab es auch Stimmen für eine gemeinsame Datenanalyse und ein gemeinsames Grobkonzept auf übergeordneter (z. B. Landkreis-) Ebene. Dies wurde als wichtig gesehen, um eine vergleichbare Ausgangsbasis für die Kooperation zu haben.

---

<sup>5</sup> Regionalmanagement ist der Bereich der Landesentwicklung, der sich um die Umsetzung von Projekten im Rahmen der landesplanerischen Programme, Pläne und Entwicklungskonzepte kümmert. Dabei geht es in erster Linie um die Schaffung regionaler Organisationsstrukturen zur Konkretisierung von Projekten, Trägerschaften, Standortfragen und Finanzierungsmöglichkeiten. Siehe auch <http://www.regierung.oberfranken.bayern.de/landesentwicklung/regionalmanagement>.

## 11.4 Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)

### Impulsgeber:

- Werner Nickl, 1. Bürgermeister, Stadt Kemnath

### Moderation:

- Peter Jordan, Bayerische Verwaltungsschule, Grüne Welle Kommunikation

### Dokumentation:

- Ursula Ammermann, citycom-münchen



Abb. 15: Thementisch E: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### Thema: Zeitpunkt der Beteiligung

Die Teilnehmer diskutierten den Zeitpunkt der Einbindung der Öffentlichkeit beim ENP und sahen zwei unterschiedliche Wege:

- Einbezug der Bürger von Anfang an im Hinblick auf die spätere Akzeptanz und Mitmachbereitschaft, dies birgt aber die Gefahr eines zunehmenden Desinteresses, wenn nach einer gewissen Zeit (es wurde ein halbes Jahr genannt) noch keine Ergebnisse vorliegen.
- Einbezug der Bürger erst nach Erstellung der Planungsgrundlagen, damit konkrete Daten auf dem Tisch liegen, dies birgt aber die Gefahr einer späteren Abwehrhaltung und wachsenden Misstrauens.

Eine Lösung wurde in der rechtzeitigen Information der Bevölkerung über die Aufstellung eines ENPs gesehen, über dessen Ergebnisse dann offen berichtet werden muss. Auch wiesen einige Teilnehmer darauf hin, dass die Gemeindegröße eine Rolle spielt: In kleineren Gemeinden wird das Interesse am ENP höher eingeschätzt, weil sich die Bürger kennen und sich stärker mit der Gemeinde identifizieren. Andererseits haben kleine Gemeinden oftmals weniger große Unternehmen, die sich einbringen können.

In den Gesprächsrunden wurde außerdem angeführt, dass bei der wichtigen Datenerhebung auch mit Blockaden durch die Kaminkehrer gerechnet werden muss, sowie dass die Schnittstelle zwischen ENP und Bauleitplanung beachtet werden muss. Die Vorstellung des ENPs und die erste Umsetzung von Maßnahmen sollten möglichst zeitnah erfolgen.

### Thema: Grundsätzliches zur Öffentlichkeit

Viele der anwesenden Kommunen und Landkreise haben Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung bei Energiemaßnahmen, z. B. bei der Aufstellung von Windkraftanlagen, Bau von Nahwärmenetzen, Biomasseanlagen, Photovoltaikanlagen, Aufstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes etc. Einige Gemeinden erwägen die Aufstellung eines ENPs oder sind derzeit mit der Erstellung befasst.

Vor diesem Hintergrund stellten die Teilnehmer fest, dass das Interesse an energetischen Maßnahmen u.a. von der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Bürger sowie von der Generationenzugehörigkeit abhängt. Auch sind die Bürger keine Experten und verfügen nicht immer über das erforderliche Fachwissen. Struktur und Alter der Baugebiete spielen ebenfalls eine Rolle: So ist bei neuen Wohngebieten mit einer höheren Akzeptanz zu rechnen, da energetische Maßnahmen von Anfang an miteingeplant werden. Es wurde auch überlegt, welche Bürger bereit wären, die Energiewende mitzutragen und z. B. in entsprechende Maßnahmen auch zu investieren. Ältere und wirtschaftlich abgesicherte Menschen, so wurde geschätzt, zeigen weniger Interesse als junge Menschen bis um die 30 Jahre, die die Notwendigkeit einsehen und von einigen Teilnehmern als aufgeschlossener eingeschätzt wurden. Für die ganz junge Generation wird die Energiewende bereits eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Energiewende mit der Stromwende gleichzusetzen, was oft in der öffentlichen Diskussion und in den Medien erfolgt, sahen einige Teilnehmer als zu verkürzt. Strom ist zwar greifbar für jeden, aber die größten Potenziale werden bei Wärme und Mobilität gesehen.

Als mitentscheidend für die Akzeptanz der Energiewende und ihrer Maßnahmen sind klare Rahmenbedingungen seitens der Politik erforderlich sowie durchsetzungsfähige und die Energiewende vertretende Bürgermeister. Auch Verwaltungsmitarbeiter, Berater und Experten sind hier gefordert.

### **Thema: Erfahrungen mit der Öffentlichkeitsbeteiligung**

Viele Teilnehmer sahen eine Beteiligung und Information der Öffentlichkeit von Beginn an als erforderlich an. Diese Aktionen sind gut vorzubereiten und professionell durchzuführen. Viele Gemeinden haben positive Erfahrungen gemacht. So konnten z. B. in einer Gemeinde Windkraftanlagen, Biogasanlagen u.a. gebaut werden, weil die Bürger immer informiert und mitgenommen wurden. In dem Landkreis Hof wurden über 70 Windräder errichtet, der Widerstand war gering. Weitere Windräder sind in Projektierung. Bei ihren eigenen Liegenschaften gingen Kommunen mit gutem Beispiel voran und stellten ihren Bürgern den energetischen Nutzen dar.

Eine Stadt berichtete ebenfalls über ihren Weg zum ENP: Der vor 1,5 Jahren in Auftrag gegebene ENP wurde im Herbst 2013 dem Stadtrat vorgestellt – ein Energiedemonstrationsvorhaben als Pilotprojekt mit einer 70-prozentigen Förderung durch das Wirtschaftsministerium. Im Vorfeld wurden die in der Stadt ansässigen großen Unternehmen in die Überlegungen und die Erarbeitung des ENPs einbezogen. Die Stadt hat eine Lenkungsgruppe aus 15 Personen gegründet, in der die großen Unternehmen, die Stadt und auch Bürger vertreten sind. Durch den ENP gewann die Stadt Klarheit über ihre Ressourcen und mögliche Maßnahmen. Auf einer Bürgerversammlung wurde der fertige ENP der Öffentlichkeit präsentiert.

Für die Einbindung der lokal ansässigen Unternehmen sind laut der Erfahrung der Teilnehmer gute Kontakte der Kommune unerlässlich. Ein Kriterium für die Beteiligung an energetischen Maßnahmen aus Sicht der Unternehmen ist die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahmen, daher könnte bei ihnen auch eine größere Offenheit für Maßnahmen bestehen.

Es gab auch negative Erfahrungen: Der Bau einer Biogasanlage durch einen Investor musste zurückgenommen werden. Das Projekt war zu groß dimensioniert und die Bevölkerung befürchtete zu große Belastungen durch den Fahrverkehr.

### **Thema: Der „Fluch der ersten Zahl“**

Als Faktor für Interesse und Akzeptanz wurden finanzielle Vorteile der Bürger/Haushalte durch energetische Maßnahmen genannt. Fördermöglichkeiten für private Haushalte sollten Verwaltung und Experten kennen und vermitteln. Es wurde aber von einigen Teilnehmern als schwierig angesehen, die Bevölkerung mit Preisargumenten zu überzeugen, da heutige und künftige Wärmepreisentwicklungen schwierig abzuschätzen sind. Wenn mit Zahlen argumentiert wird, sollten sie transparent und nachvollziehbar sein – sonst wird man von dem „Fluch der ersten Zahl“ eingeholt, an der dann auch später vieles gemessen wird.

Vorsicht ist angeraten bei der Nennung konkreter Kosten. Als ein Beispiel wurde genannt, dass der Aufbau eines Nahwärmenetzes in einer Kommune scheiterte, u.a. weil die tatsächlichen Anschlusskosten aufgrund unvorhersehbarer technischer Probleme um ein Vielfaches höher ausfielen als die projektierten Kosten und somit das Interesse der Bürger sank.

### **Thema: Aktivierung der Bürger**

Die Bereitschaft zu einer aktiven Mitarbeit der breiten Bevölkerung wird nicht allein durch Energiearbeitskreise erreicht. Um die Bürger für die Energiewende und energetische Maßnahmen zu interessieren, empfiehlt sich ein auf die jeweiligen Zielgruppen abgestimmtes Vorgehen. Neue, ungewöhnliche Wege schlug die Region Bayreuth mit dem Projekt „energy-in-art“ ein, einem Kunstprojekt zur Energiewende, an welchem Laien und Künstler mit Skulpturen, Filmen, interaktiven Installationen und Workshops für Kinder und Erwachsene mitwirken. Das Kunstprojekt soll die Energiewende den Bürgern durch Mitmachen näher bringen.

Umweltbildungsseminare, Runde Tische in Konfliktfällen, Internetplattformen gerade für die jungen Menschen, Projektvorstellungen durch Bürger (z. B. Passivhaus), persönliche Vor-Ort-Beratungen z. B. zur energetischen Sanierung von Wohnhäusern, sowie Besichtigungen guter Beispiele mit transparenten Wirtschaftlichkeitsberechnungen, wecken Interesse und können überzeugen, selbst aktiv zu werden.

Auch die finanzielle Unterstützung der Bürger durch Kommunen bei der Durchführung energiesparender Maßnahmen wie der Austausch alter Heizungspumpen und Waschmaschinen motiviert. Eine Kommune hat dazu ein eigenes Einsparförderprogramm aufgelegt, der Austausch amortisiert sich für die Bürger bereits nach 1,5 Jahren. Das Programm wurde finanziert durch Einsparungen der Kommune aufgrund einer neuen Stromausschreibung. Solche Anreize für Bürger lassen sich nutzen, um weitere Informationen zur Energiewende zu transportieren und die erste Hürde bei den Bürgern zur Beschäftigung mit dem Thema zu überwinden.

Energiespartipps und Klimaschutzsprechstunden nannten Teilnehmer als weitere Möglichkeiten. Über Kindertagesstätten und Schulen werden auch die Eltern erreicht. Auch über oberflächennahe Geothermie, die auf vielen Grundstücken möglich ist, ließe sich das Interesse der Eigentümer wecken. Im Landkreis Kulmbach wird dies verfolgt, indem dazu u.a. durch den Landkreis eine ehrenamtliche Bürgerberatung angeboten wird.

Eine verständliche und zeitige Information bereits im Vorfeld kann mit zur späteren Akzeptanz beitragen. Eine Kommune berichtete, auch wegen der rechtzeitigen und gut aufbereiteten Information ihrer Bevölkerung 70 % Zustimmung zur Errichtung einer Windkraftanlage erhalten zu haben.

Das Beteiligungsinteresse wird in Städten und in ländlichen Regionen unterschiedlich eingestuft. Jede Kommune muss hier ihren eigenen Weg der Einbindung finden, es gibt kein Patentrezept.

### **Thema: Medien**

Die Frage wurde aufgeworfen, wie viele Bürger denn tatsächlich über die jeweiligen Informationskanäle erreicht werden. Internet und social media wie facebook und twitter werden vielfach noch unterschätzt. Dies sind aber die Kommunikationswege der jungen Generation. Es braucht mehr Offenheit und Bereitschaft in den Gemeinden, diese Medien zu nutzen und sich mit den Möglichkeiten dieser Medien auseinanderzusetzen. Für den Einsatz von social media werden allerdings Ressourcen und Moderation benötigt.

Eine negative Berichterstattung in den Medien, die Darstellung von Projektgegnern als Mehrheitsmeinung, sachlich unrichtige Informationen und die Konzentration auf schlagzeilenträchtige Themen wurden bedauert. Den Medien kommt eine besondere Verantwortung für die Energiewende zu. Die Gemeinden sollten ihre Kontakte in der lokalen Presse entsprechend zur Information nutzen.

## 12 Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte

### 12.1 Dr. Peter Wunsch



Projektmanager Innovations- und Technologiezentrum

Bayern Innovativ GmbH  
ITZB Innovations- und Technologiezentrum Bayern  
Gewerbemuseumsplatz 2  
90403 Nürnberg

Tel.: 0911-20671-621, Fax: -5621  
wunsch@bayern-innovativ.de  
www.itzb.de

**Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Aussagekräftige und nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

### 12.2 Zusammenfassung des Vortrags

Das Innovations- und Technologiezentrum Bayern (ITZB) gehört dem in Nürnberg und München ansässigen Haus der Forschung an und ist unter anderem der Projektträger für das Förderprogramm BayINVENT. Dahinter verbirgt sich die Förderung innovativer Energietechnologien und Energieeffizienz mit dem Programmschwerpunkt Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte. Zu diesen Themen wird montags bis freitags von 8 Uhr bis 18 Uhr unter der Service-Nummer 0800 0268724<sup>6</sup> eine Beratung angeboten.

#### **Bewilligungsvoraussetzungen für ein Energieeinsparkonzept und einen ENP**

Antragsberechtigt sind kommunale Gebietskörperschaften und Eigenbetriebe, Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit in Bayern sowie Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Bayern. Eine Voraussetzung ist, dass die Untersuchung sich auf Standorte in Bayern beschränken muss.

Bei dem Energieeinsparkonzept werden die Energieeinsparpotenziale in Liegenschaften, Einrichtungen und Betriebs- bzw. Produktionsstätten analysiert. Darauf aufbauend werden Möglichkeiten, deren Energiebedarf zu verringern und/oder aus erneuerbaren Energien zu decken, aufgezeigt. Ein Beispiel für ein Energieeinsparkonzept ist demnach, wenn eine Kommune wissen möchte, inwieweit eine energetische Sanierung des Rathauses sinnvoll ist. Die Bewilligungsvoraussetzungen bei dem Energieeinsparkonzept sind, dass die Untersuchung Grundlage für anstehende Investitionsentscheidungen ist und die Thematik Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Nutzung regenerativer Energien umfassen soll. Die Ergebnisse sollen konkrete Realisierungsvorschläge sein und dabei auf die energietechnische Dimensionierung und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen Bezug nehmen.

---

<sup>6</sup> Kostenfrei aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise für Anrufe aus Mobilfunknetzen sind möglich.

Der ENP ist ein informelles räumliches Planungsinstrument für eine oder mehrere Gemeinden und bietet die Basis für eine Koordination von Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf regenerative Energieträger. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden. Der Untersuchungsumfang muss sowohl kommunale als auch private Liegenschaften, Einrichtungen oder Betriebsstätten beinhalten. Damit letztendlich wirklich Maßnahmen in die Umsetzung gebracht werden, muss das Ergebnis des ENPs für ausgewählte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit einer Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung enthalten.

Bei einem ENP ist eine interkommunale Herangehensweise besonders erwünscht. Dabei kann, nachdem ein überregionaler ENP erstellt wurde, ein weiterer, detailschärferer ENP gefördert werden, der beispielsweise auf einen Teilbereich einer Kommune abzielt.

### Art und Höhe der Förderung

Die Förderung besteht aus einer Anteilfinanzierung in Form eines einmaligen Zuschusses für die Kosten der Studie. Die Erstellung von Energieeinsparkonzepten wird mit bis zu 50 % für kommunale Gebietskörperschaften und Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit, mit bis zu 40 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die KMU sind, und mit bis zu 30 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die keine KMU sind, gefördert. Die Förderhöchstsumme beträgt 50.000 €. Die Erstellung von ENPs wird dagegen mit bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften gefördert.

### Antragsverfahren und Vorgehensweise

Bei einem Antrag auf Förderung sowohl bei einem Energieeinsparkonzept als auch bei einem ENP müssen mindestens drei vergleichbare, qualitativ hochwertige und unabhängige Angebote eingeholt werden. Dabei sollte auch auf die Referenzen der Angebotssteller sowie auf Erfahrungen aus Nachbargemeinden geachtet werden. Zu einem Energieeinsparkonzept gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Ist-Zustandes, die Konzeptentwicklung mit verschiedenen Varianten, die Leistungs- und Energiebilanz der Varianten, ein Wirtschaftlichkeitsvergleich, eine Analyse der Einsparung an Primärenergie und Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen. Zu einem ENP gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Istzustands (Energiebedarf/Energieinfrastruktur in verschiedenen Sektoren), die Potenzialerhebung, eine Konzeptentwicklung mit verschiedenen Szenarien, ein Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsvergleich der Szenarien, eine Analyse zur Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen.



Abb. 16: Dr. Peter Wunsch während des Vortrags.

Für Unternehmen mit wirtschaftlicher Tätigkeit erfolgt die Antragstellung nach Rücksprache beim Projektträger über das elektronische Antragsverfahren (ELAN) des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Für alle weiteren Antragsteller ist der Antrag auf Förderung mit einem Formblatt (Muster 1a zu Art. 44 BayHO) mit Anlagen bei dem ITZB Nürnberg einzureichen.

Die Bewilligung erfolgt nach Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, wobei kein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht.

### Bemerkungen zu der Förderpraxis

Es werden weder Eigenleistungen der Kommune noch „Vergangenheitsbetrachtungen“ gefördert. Es gibt zudem keine Förderung des bürgerlichen Engagements. Dies bedeutet, dass zwar eine Beteiligung von Akteuren, also beispielsweise Vertretern von Bürgerinitiativen und Unternehmen, sowie eine Abschlusspräsentation gefördert werden, nicht jedoch die ständige Einbindung eines jeden Bürgers.

Politische bzw. sozialkritische Betrachtungen werden ebenfalls nicht gefördert, anstelle dessen sollen technische Maßnahmenempfehlungen gegeben werden, wobei immer der Stand der Technik beachtet werden soll. Die Erstellung eines Energiepasses bzw. EnEV-Nachweises fällt ebenso wenig unter die Förderung wie Betrachtungen zur Energieautarkie oder eine „singuläre technische Detailplanung“, d.h. wenn beispielsweise schon klar ist, dass an einem bestimmten Ort ein Windpark gebaut werden soll und dafür eine Detailplanung benötigt wird.

Ein wichtiger letzter Hinweis ist, dass die Vergabe der Untersuchung erst nach Erlass des Bewilligungsbescheides erfolgen darf.

## 13 Vortrag: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte

### 13.1 Andreas Eichhorn



Fachberater  
Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken  
Nonnenbrücke 7a  
96047 Bamberg

0951-837-410  
andreas.eichhorn@ale-ofr.bayern.de  
www.ale-oberfranken.bayern.de

#### **Die Erstellung eines EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:**

- Bewusstseinsbildung und Verantwortungsgefühl bei den Beteiligten
- Prioritätenverschiebung hin zu effizienterem Umgang mit Energie
- Wachsen der Kooperationsbereitschaft
- Stärkung der Aktivität vor Ort
- strukturiertes, sachliches Vorgehen verdrängt Subjektivität und Aktionismus
- und vieles mehr

#### **Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

- frühzeitig die Unterstützung des Amtes in Anspruch nehmen
- Entkopplung des Themas Energie von politischen Richtungen vornehmen
- Bildung von Arbeitskreisen unterstützen
- Einbezug der Landwirtschaft und Gewerbebetriebe
- und vieles mehr

## 13.2 Zusammenfassung des Vortrags

„Ländliche Entwicklung“ im weitesten Sinn bezeichnet alle Fortschritte und Veränderungen im ländlichen Raum, also in Gebieten abseits von Ballungszentren, in denen der Agrarsektor das Erscheinungsbild dominiert. Zur Stärkung des ländlichen Raums bietet das Bayerische Landwirtschaftsministerium mit seinen sieben Ämtern der Ländlichen Entwicklung einige Instrumente wie die Flurneuordnung, die Dorferneuerung und die Integrierte Ländliche Entwicklung. Diese Instrumente eignen sich auch zur Unterstützung für die Umsetzung der Energiewende.

Die Ländliche Entwicklung hat im Bereich der Energiewende das Ziel, örtlich abgestimmte Energieprojekte zu ermitteln und diese in die Realisierungsphase zu begleiten. Zielgruppe sind dabei ländlich strukturierte Gemeinden, die bereits mit der Ländlichen Entwicklung zusammenarbeiten. Wichtig hierbei ist, dass die Konzepte in enger Zusammenarbeit/Kooperation der örtlichen Akteure entwickelt und durchgeführt werden.

Die Ländliche Entwicklung ist aufgrund ihrer Erfahrungen im ländlichen Raum, ihrer Vernetzung mit anderen Behörden, ihrer Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsansätzen und nachhaltigen Instrumente idealer Partner für die Belange der Kommunen hinsichtlich des Themas Energie.

Die Ämter für Ländliche Entwicklung können EKs auf drei verschiedenen Ebenen fördern. Zum einen besteht finanzielle Unterstützung im Rahmen der Dorferneuerung und im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung. Das in 2012 ausgerufene Sonderprogramm „100 bilanziell weitgehend energie neutrale Kommunen“ ist ein zeitlich befristetes Programm mit jeweils mindestens 14 zu vergebenden EKs, in dem die zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits aufgebraucht sind. Im Rahmen der Dorferneuerung und der Integrierten Ländlichen Entwicklung können aber noch EKs gefördert werden. Um allerdings in den Genuss einer Förderung zu kommen, sind folgende Voraussetzungen notwendig. Das Konzept muss die gesamte Gemeinde umfassend (bei Gemeindekonzepten) und die Bürger müssen informiert und intensiv beteiligt werden (z. B. über Arbeitskreise, Foren, Aktionen etc.). Zudem müssen mindestens drei Angebote von Planungsbüros eingeholt werden und es soll eine ganzheitliche Betrachtung des Themas erfolgen – so sollen Querbezüge zu Themen wie Innenentwicklung und Landnutzung hergestellt werden. Um während der Erarbeitung bzw. nach Fertigstellung der EKs Gemeinden im Hinblick auf Umsetzungsmaßnahmen betreuen zu können, kann in Gemeinden mit einem von dem Amt für Ländliche Entwicklung geförderten EK eine Prozessbegleitung gefördert werden.

Nicht nur finanziell, sondern auch personell stehen die Ämter für Ländliche Entwicklung mit ihren Fachberatern den Kommunen zur Verfügung. Die Unterstützung reicht während der Konzepterstellung von der Erstberatung, den Hilfestellungen bei dem Vergleich der Angebote und der Auswahl der Planungsbüros bis hin zur Beachtung der Querbezüge innerhalb der Kommune, wie Innenentwicklung, Mobilität, Gebäudemanagement und Landnutzung. In der Umsetzungsphase werden dann Erfahrungsaustausche, Informationsabende und Exkursionen zu Referenzanlagen von den Fachberatern für Energie an ihrem Amt für Ländliche Entwicklung organisiert. Bei der Durchführung der Projektvorschläge aus dem EK werden die einzelnen Maßnahmen aufeinander abgestimmt und in Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung integriert, was neben der Förderberatung zu weiteren Kostenersparnissen der Kommune führt. Dass die Ländliche Entwicklung mit den an die Bedürfnisse der Kommunen ausgerichteten EKs einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung der vorgeschlagenen, energetischen Maßnahmen des Konzeptes leisten kann, liegt zum einen an der personellen Betreuung und zum anderen an der Beteiligung der Bürger und lokalen Akteure, die in alle Phasen der Konzepterstellung einbezogen werden. Dies stärkt die Akzeptanz der anzugehenden Maßnahmen vor Ort und sorgt durch die Initiierung von Arbeitskreisen bereits während der Konzepterstellung für eine spätere Entlastung der Kommunalverwaltung. Die Betreuung der EKs wird von den Gemeinden sehr geschätzt. Diese sind

oftmals personell unterbesetzt, können sich daher aus zeitlichen Gründen nicht einem zusätzlichen Thema widmen oder verfügen noch über keine Erfahrungen im Energiesektor.

Die Nachhaltigkeit des Konzeptes ist ein wichtiger Aspekt. So wird den Gemeinden empfohlen, sich stetig mit dem Thema zu beschäftigen, sozusagen am (Energie-)Ball zu bleiben, z. B. durch regelmäßige Projektumsetzungen, Etablierung von Strukturen (Energiebeauftragter, Monitoring, Öffentlichkeitsarbeit) und gegebenenfalls externer Unterstützung von Außen.

Aus dem EK heraus sollen sich Maßnahmen ergeben, die idealerweise von der Ländlichen Entwicklung mit ihren Instrumenten unterstützt bzw. weiter begleitet werden können. So kann im Rahmen des EKs ein Anreiz zu Sanierungsmaßnahmen geschaffen werden, die unter Umständen im Falle eines Dorferneuerungsverfahrens finanziell gefördert werden. Auch die Verlegung von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen der Dorferneuerung (Straßen-, Kanalsanierung) ist sinnvoll und kann Kostenersparnisse mit sich bringen. Durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung im Rahmen einer Waldneuordnung können Holzreserven aktiviert und vervielfacht werden. Auch eine Flurneuordnung kann die Energiewende positiv unterstützen, in dem durch Flächenzusammenlegungen und Flächenneuordnung z. B. die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen erst ermöglicht wird.

Die Förderung über die Ländliche Entwicklung unterscheidet sich somit in mancher Hinsicht von der gewohnten Förderung „nach engen Richtlinien“ anderer Förderstellen (siehe die vielfältigen Möglichkeiten, die sich durch die personelle Vor-Ort-Betreuung während der unterschiedlichen Phasen eines EKs ergeben). Hier steht im Mittelpunkt, zusammen mit den Aktiven vor Ort den ländlichen Gemeinden Bayerns und ihren Bürgern ein tragfähiges Zukunftskonzept, einen Plan für ein konkretes Projekt oder Teilgebiet hervorzubringen, zu konkretisieren und letztlich zu realisieren. Wenn dafür die Chancen gut stehen, können die Fachberater bis zu der Realisierung der Maßnahmen mit Rat, mit Tat und finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

### Exkurs:

**Flurneuordnung** (früher Flurbereinigung) – dahinter steckt die Idee, dass man landwirtschaftliche Flächen zur effizienteren Nutzung entsprechend zusammenlegt, einen historisch gewachsenen Fleckerlteppich von Nutzungen und Eigentumsverhältnissen sozusagen auflöst und neu verteilt. Diese neuen Flächen werden dabei durch ausgebauten Wege erschlossen und Hochwasserschutzmaßnahmen berücksichtigt, wobei ökologisch wertvolle Lebensräume erhalten oder geschaffen werden. Die damit verbundenen Kosten werden bezuschusst. Das Amt für Ländliche Entwicklung leitet eine Flurbereinigung ein und bestimmt damit, welches Gebiet der Neuordnung zugehörig ist. So entsteht eine Teilnehmergeinschaft, die die Interessen der Teilnehmer formuliert, wobei diese oft nicht einfach zu ermitteln ist. Oft sind viele Besprechungen nötig, um die Einzelmeinungen zusammenzubringen. Dieser Meinungsfindungsprozess ist ganz identisch mit der Bürgerbeteiligung, die heute auch in vielen Energieprojekten erfolgt. Flurneuordnung wird heute nicht nur für landwirtschaftliche, sondern genauso gut für energiewirtschaftliche Belange eingesetzt, z. B. für die Flächenerschließung bei Windparks, Grundstückszusammenlegung für Photovoltaik-Freiflächen, oder zur Verwirklichung umfangreicher Wasserkraftwerkspläne.



Abb. 17: Andreas Eichhorn während des Vortrags.

**Dorferneuerung** ist das zweite Instrument der Ländlichen Entwicklung. In mancher Hinsicht der Flurneuordnung ähnlich, läuft die Dorferneuerung aber auf überwiegend bebauten innerdörflichen Flächen ab. Ein neuer Dorfplatz, eine geänderte Ortsdurchfahrt, abgestimmte neue Fassaden, der Bau eines Bürgerhauses oder eines Dorfladens..., all das sind klassische Förderbeispiele. Gerade in der Dorferneuerung ist Bürgerbeteiligung von Anfang an die Grundlage des Verfahrens. Oft werden dabei aus

der Bürgerschaft heraus Ideen entwickelt, auf die wohl kein außenstehender Ortsplaner so leicht gekommen wäre. Im Rahmen einer solchen Dorferneuerung wurde z. B. in Aiterhofen der Aufbau eines Nahwärmenetzes gefördert. Sechs teils öffentliche, teils private Gebäude werden dabei von einer zentralen 320 kW Hackschnitzelanlage mit Heizwärme versorgt.

„**Integrierte Ländliche Entwicklung**“ (ILE) heißt die dritte wichtige Maßnahme der Ländlichen Entwicklung. Eine ILE ist ein Kooperationszusammenschluss mehrerer benachbarter Kommunen. Auch hier wird ein gemeinsames ILE-Konzept erarbeitet, werden Themenfelder bestimmt, in denen gemeinsame Ziele durch enge Kooperation zwischen den Gemeinden erreicht werden sollen. Auch „Energie“ ist in der Regel ein solches Handlungsfeld. Als Langfriststrategie ist die interkommunale Zusammenarbeit für benachbarte Gemeinden sicher sehr empfehlenswert. Besonders im Energiesektor sind einige der zukünftigen Herausforderungen zu groß für kleine ländliche Kommunen im Alleingang.

### Beitrag aus dem Plenum

Im Nachgang zu diesem Vortrag gab es die folgende Anmerkung von Herrn Christian Wunderlich von der Regierung von Oberfranken, Sachgebiet Städtebau:

Die Städtebauförderung scheidet aufgrund der Subsidiarität als Fördergeber aus, wenn andere Stellen bereits finanzielle Unterstützung für entsprechende Projekte gewähren. Es ist jedoch ein großes Anliegen der Städtebauförderung, dass insbesondere die erarbeiteten ENPs in städtebauliche Entwicklungskonzepte übernommen und verankert und damit Grundlage für zukünftige Projekte mit umfassendem Ansatz werden.

## 14 Resümee<sup>7</sup>

Die Veranstaltungsreihe hat es geschafft, die Themen ENP und EK aus vielen unterschiedlichen Richtungen zu beleuchten. Die intensiven Diskussionen an den Thementischen haben dabei gezeigt, dass es einen enormen Bedarf gibt, praxisnahe Informationen zu vermitteln, aber auch diskursiv unterschiedliche Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Ein großer Dank gilt daher allen an der Veranstaltungsreihe Beteiligten, d. h. den Organisatoren, Kooperationspartnern und Referenten, aber auch Ihnen, den Teilnehmern, die sich die Zeit genommen haben, sich über diese wichtigen Themen zu informieren und auszutauschen.

Von allen Ergebnissen fielen einige besonders auf. So darf die Erstellung eines ENPs oder EKs keine einmalige Aktion, also ein Strohfeuer sein, sondern muss langfristig in der Gemeindeverwaltung verankert werden. Dazu bedarf es des politischen Rückhalts durch Bürgermeister und Gemeinderat, aber auch der Wertschätzung der sogenannten „Kümmerer“, die sich dieser neuen Aufgabe annehmen. Die Einbeziehung und Beteiligung der Bürger und Unternehmen vor Ort ist allein aus Akzeptanzgründen unerlässlich. Es wurde zudem wiederholt der Wunsch nach einem regionalen Informations- und Erfahrungsaustausch zu den Themen der Energiewende geäußert. Dieser Wunsch ist gerechtfertigt, da die praktischen Erfahrungen anderer genutzt werden müssen, um – angesichts der knappen Personal- und Finanzressourcen – die Energiewende effizient voranzubringen. Hierbei könnten beispielsweise die Regierungen mit ihren Energiewendebeauftragten, aber auch die Landkreise eine koordinierende Rolle übernehmen. Durch alle Veranstaltungen zog sich wie ein roter Faden die dringende Forderung nach stabileren, politischen Rahmenbedingungen. Ohne diese kann die Energiewende nicht gelingen.

<sup>7</sup> Das Resümee gibt nicht das Fazit am Ende der Veranstaltung vor Ort wieder. Es beinhaltet vielmehr übereinstimmende Ergebnisse aller Veranstaltungen. Dies erscheint an dieser Stelle zweckmäßiger, da Doppelungen vermieden und allen Teilnehmern derart ein erster Überblick (die Gesamtdokumentation wird Mitte März 2014 erstellt sein) zu den wesentlichen Punkten der anderen Regionalveranstaltungen ermöglicht wird.

Noch eine Bitte zum Schluss. Vergessen Sie, die Entscheidungsträger und Verwaltungsmitarbeiter vor Ort, nicht, dass Sie als Multiplikator eine entscheidende Rolle im Rahmen der Energiewende spielen. Die Politik setzt dafür die Rahmenbedingungen, umgesetzt wird die Energiewende jedoch vor Ort, bei Ihnen daheim, am besten zusammen mit anderen Kommunen. Mit Ihrem Engagement im Bereich des Energiesparens, der Steigerung der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien sind Sie bereits auf dem richtigen Weg oder begeben sich auf diesen. Dafür benötigt man aber Geduld und einen langen Atem, d.h. man muss länger als in den politischen Vier-Jahres-Einheiten denken. Denn bei diesem Thema geht es nicht nur um die nahe Zukunft, sondern vor allem auch um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Deswegen geben Sie Ihre Erfahrungen wertneutral an ihre Bürgermeisterkollegen weiter, die sich noch nicht auf diesen Weg gemacht haben und verlieren sie nicht den Mut, sich angesichts ändernder Rahmenbedingungen weiterhin für dieses wichtige Thema einzusetzen.

In diesem Sinne: Seien Sie „Kümmerer“, von dem alle sprechen, motivieren Sie andere zum Mitmachen und bleiben Sie am (Energie-)Ball!